

BROSCHÜRE ZUR GEDENK-
DEMO AM 9. NOVEMBER IN
BERLIN-MOABIT

9. November 1938 — 9. November 2012

74 Jahre nach der Reichspogromnacht

SOLIDARITÄT MIT
DEN OPFERN DES
DEUTSCHEN
ANTISEMITISMUS
UND RASSISMUS

- 2 Am helllichten Tag und unter aller Augen ...
- 3 Aufruf: 74 Jahre nach der Pogromnacht
- 8 Deutschland im Herbst 1992 – Das Pogrom in Rostock-Lichtenhagen
- 9 »Wie lange noch?« – Ein Leserbrief an die Tageszeitung taz
- 10 Am Rand der Gesellschaft – 600 km zu Fuß gegen rassistische Sondergesetze
- 11 Wer hat Burak B. ermordet?
- 13 Kommunistenjäger & Sarrazin-Versteher – Über einen Bundespräsidenten
- 15 Das Mahnmal Putlitzbrücke
- 17 »Ab da wusste man definitiv: jetzt musst du irgendwie rauskommen.«
- 19 Solidarisierung? Fehlanzeige – Die NSU-Mordserie
- 21 15 Jahre Kampf: Der Gedenkort ehemaliges KZ-Uckermark
- 22 Danke Marlene – »Deutschland? Nie wieder!«
- 23 »Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch« – Das Neonazi-Netzwerk »NW Berlin«
- 24 NPD und NW-Berlin – Gewalt als Bindeglied
- 25 Das Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße
- 26 Termine
- 27 Deutsches Haus
- 28 Ab in den Süden?! – Ein neuer Abschiebeknast für den BER

UNTERSTÜTZENDE GRUPPEN

Emanzipative Antifaschistische Gruppe [EAG] · eag-berlin@riseup.net · <http://pankow.antifa.cc>

Berliner Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten e. V.
berlin@vvn-bda.org · <http://berlin.vvn-bda.org>

Autonome Neuköllner Antifa [ANA] · autonome_neukoellner_antifa@riseup.net · <http://antifa-neukoelln.net>

Antifa Friedrichshain [AFH] · antifa-fh@riseup.net · <http://antifa-fh.de.vu/>

North East Antifascists [NEA] · nea@riseup.net · <http://nea.antifa.de/>

Autonome Antifa Berlin [A2B] · a2b@riseup.net · <http://a2berlin.org/>

Siempre Antifascista · siempreantifa@riseup.net · <http://siempre.red-skins.de/>

IMPRESSUM

Antifaschistische Initiative Moabit [AIM] · a_i_m@gmx.de, <http://antifa-moabit.de.vu>

V.i.S.d.P.: M.Meier, Alt Moabit 25, 10555 Berlin

Gleis 17, Berlin, Grunewald
(Foto: Bill Glucroft)



Am helllichten Tag und unter aller Augen...

In diesem Jahr jähren sich die ersten Deportationen aus Berlin zum 71. Mal. Am 18. Oktober 1941 verließ vom Gleis 17 des Bahnhofs Grunewald der erste Deportationszug Berlin in Richtung des Ghettos Litzmannstadt/Lodz.

Vor 70 Jahren, ab August 1942 wurden diese vom Bahnhof an der Putzitzbrücke in Moabit fortgesetzt.

Daher rufen wir seit 1990, so auch in diesem Jahr, zu einer Gedenkkundgebung am Mahnmahl an der ehemaligen Synagoge in der Levetzowstraße in Moabit auf. In den letzten Jahren haben sich regelmäßig viele hundert Menschen an unserer Kundgebung und der anschließenden Demonstration beteiligt. Diese orientiert sich dabei an dem Weg, den die Jüdinnen/Juden vom Sammellager in der Levetzowstraße zum Deportationsbahnhof an der Putzitzbrücke am helllichten Tag unter aller Augen gehen mussten.

Vor 70 Jahren, am 27. September 1942, fragte Thomas Mann in seiner Rede »An meine deutschen Hörer,« die die BBC ausstrahlte: »Nach den Informationen der polnischen Exil-Regierung sind alles in allem bereits 700 000 Juden von der Gestapo ermordet oder zu Tode gequält worden [...] Wisst Ihr Deutschen das? Und wie findet ihr es?« Es war die Reaktion auf die Ankündigung des Reichspropagandaministers Josef Goebbels, »ob Deutschland siegt oder unterliegt, die Juden werden ausgemerzt«!

Das genaue Ausmaß der Vernichtung ist weiter unüberschaubar und so sind es die Details, die den Schrecken erahnen lassen. So bleibt uns zum Beispiel die jüdische Partisanin Janina Duda, die uns am 9. September 2012 in Berlin zum Tag der Erinnerung und Mahnung besucht hat, in Erinnerung: Janina Duda floh 1941 vor einer drohenden Deportation ins Ghetto in Bialystok. Zuvor war ihr Ehemann Jankiel Baran erschossen worden. Bis heute weiß sie nicht, wo und wie ihre gesamte Familie umgebracht wurde. Wie sie wurden Millionen Menschen Opfer der Nazis.

Ihnen gilt unser Gedenken - Janina Duda unserer Dank.

Unser Anliegen ist leider nach wie vor aktuell. Antisemitische Angriffe bleiben in Deutschland alltäglich. So wurden in den letzten Wochen in Berlin der Rabbiner Daniel Alter in Friedenau tödlich angegriffen, eine Gruppe jüdischer Schüler auf dem Schulweg in Charlottenburg angepöbelt und der Generalsekretär der Juden in Deutschland mit seinen Töchtern auf dem Heimweg aus der Synagoge bedroht.

Diese Zeitung und die Veranstaltungen um den 9. November sind ein kleiner, aber entschiedener Gegenpart zu den deutschen Zuständen. Antisemitismus, Rassismus und Nationalismus gehören in Deutschland keineswegs der Vergangenheit an. Den Betroffenen damals und heute gilt unsere Solidarität.

Wir freuen uns, dass wir Margot Friedländer als Zeitzeugin und Überlebende des Naziterrors bei uns am 9. November begrüßen dürfen. Sie wurde als Margot Bendheim 1921 in Berlin geboren. Von 1942 bis 1943 versteckte sie sich vor den Nazis, um einer Verhaftung und Deportation zu entgehen. 1944 wurde sie verhaftet und in das Ghetto Theresienstadt gebracht. Sie überlebte und emigrierte in die USA. 2010 kehrte sie nach Berlin zurück.

— ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE MOABIT [AIM],
OKTOBER 2012

Die Synagoge in der alten Tempelstrasse brennt,
10. 11. 1938, Bonn



74 Jahre nach der Pogromnacht

**KEIN VERGESSEN! KEIN VERGEBEN!
GEGEN ANTISEMITISMUS UND RASSISMUS IN
DEUTSCHLAND, EUROPA UND ÜBERALL!**

AUFTAKT ZUR VERNICHTUNG

Die Gewalt der Pogrome vom 7. bis 13. November 1938 fand am 9. November ihren vorläufigen Höhepunkt. Überall in Deutschland und Österreich brannten die Synagogen, jüdische Geschäfte und Wohnungen wurden überfallen, demoliert und geplündert. Deutsche Antisemit_innen demütigten, schlugen, vergewaltigten und ermordeten Juden_Jüdinnen. Etwa 30 000 Männer wurden verhaftet und in die Konzentrationslager Buchenwald, Dachau und Sachsenhausen verschleppt.

Die Pogrome stellten eine weitere, entscheidende Radikalisierung der antijüdischen Politik des NS-Regimes dar. Bis dahin hatten die Nazis die deutschen Juden_Jüdinnen Schritt für Schritt aus der Gesellschaft ausgegrenzt: mit Berufsverboten, Ausschluss aus den Universitäten, später mit den »Nürnberger Rassegesetzen« oder der »Arisierung« jüdischer Unternehmen. Die antisemitische Politik wurde nach den Novemberpogromen immer gewalttätiger und gipfelte letztlich in dem Versuch, alle Juden_Jüdinnen Europas gezielt und umfassend zu vernichten. Bis 1945 hatten die Nazis sechs Millionen Juden_Jüdinnen ermordet.

ANTISEMITISMUS – EIN STETS ABRUFBARES RESENTIMENT

Auch über 70 Jahre danach ist Antisemitismus immer noch ein weit verbreitetes Ressentiment in Deutschland. Laut einer vom Bundestag in Auftrag gegebenen und im Januar 2012 veröffentlichten Studie glauben fast 40 Prozent der deutschen Bevölkerung, dass Juden_Jüdinnen versuchen würden, »ihren Vorteil aus der Vergangenheit des Dritten Reichs zu ziehen«. Die Opfer des Holocaust und ihre Nachkommen werden hier zu Täter_innen gemacht, die angeblich keine Gelegenheit ungenutzt lassen, um von der Nazi-Vergangenheit Deutschlands zu profitieren.

Der Übergriff auf einen Rabbiner und seine Tochter in Berlin im August 2012 verdeutlicht, wie gewalttätig sich Antisemitismus jederzeit gegen Menschen entladen kann. Der Rabbiner wurde wegen seiner Kippa von einer Gruppe Jugendlicher als Jude identifiziert und beschimpft und geschlagen, seiner Tochter wurde mit dem Tode gedroht. Auch die Situation des Restaurants »Schalom« in Chemnitz zeigt, wie bedrohlich Antisemitismus im Alltag von Juden_Jüdinnen aussehen kann. Nach unzähligen Hakenkreuzschmierereien, Drohbriefen und Sachbeschädigungen im Wert von 40.000 Euro sah sich der Besitzer dieses Jahr gezwungen, in einen belebteren Teil der Stadt zu ziehen. Ein Polizist hatte zuvor dem Betroffenen erklärt, er dürfe sich nicht über Angriffe wundern, wenn er ein Restaurant dieser Art führe.

ISRAEL – STAAT DER ÜBERLEBENDEN DES HOLOCAUST

Über 65 Jahre nach dem Holocaust muss Israel weiterhin gegen weltweite Delegitimierungsversuche und politische Bewegungen in seinen Nachbarländern kämpfen, die dem jüdischen Staat jegliche Existenzberechtigung absprechen. Diese Anfeindungen fordern eine solidarische Empathie von Antifaschist_innen. Dies bedeutet keine kritiklose Zustimmung zur israelischen Regierungspolitik. Es ist darauf zu achten, dass keine pauschalen Urteile gefällt, Israel nicht dämonisiert oder Doppelstandards angelegt werden.

Das Gedicht »Was gesagt werden muss«, mit dem sich Günter Grass im April 2012 zum Nahostkonflikt positionierte, ist ein Beispiel für eine kritikwürdige Sichtweise. »Es ist das behauptete Recht auf den Erstschlag, der das von einem Maulhelden unterjochte und zum organisierten Jubel gelenkte iranische Volk auslöschen könnte« schreibt Grass dort. Er verwendet das an die NS-Sprache angelehnte Wort »auslöschen«, um Israels Politik zu charakterisieren, während er die Rolle des iranischen Regimes nur am Rande erwähnt. Dabei ist es der vermeintliche »Maulheld« Ahmadedschad, der wiederholt gedroht hat, Israel von der Landkarte zu streichen. Seine Legitimation sich dazu zu äußern, sieht Grass, der jahrzehntelang seine Waffen-SS-Mitgliedschaft verschwiegen hat, im Bruch mit dem vermeintlichen Schweigen. Dieses Motiv des angeblichen Tabubruchs ist wenig überzeugend: Seit Jahren wird öffentlich vielseitige Kritik in Israel, Deutschland und international geübt.

AUFARBEITUNG? JA, ABER NUR, WENN SIE NICHTS KOSTET

Im Februar 2012 verkündete der Internationale Gerichtshof in Den Haag seine Entscheidung im Fall Deutschland gegen Italien. Er gab der Klage Deutschlands statt, mit der die BRD Immunität gegenüber Klagen von NS-Opfern beansprucht. Damit ist der vorläufige Schlusspunkt eines 17 Jahre andauernden juristischen und politischen Kampfes für die Rechte der Opfer und Überlebenden der NS-Verbrechen erreicht.

Das Urteil legt offen, worauf das bundesdeutsche Gedanke seit Jahren angelegt ist. Einerseits häufen sich Veröffentlichungen von Studien im offiziellen Auftrag, die sich kritisch mit der Rolle staatlicher Institutionen im NS, wie dem Auswärtigen Amt, auseinandersetzen und sogar braune Kontinuitäten nach 1945 aufzeigen. Andererseits werden keinerlei praktischen Konsequenzen daraus gezogen. Entweder haben sich diese wegen des Zeitabstandes erledigt oder sie werden abgewehrt. Aufarbeitung findet nur statt, wenn sie dem deutschen Prestige dient und nichts kostet.

Auch die fortgesetzte Weigerung der bundeseigenen Bahn AG, der Initiative »Zug der Erinnerung« die Kosten für die Nutzung ihrer Gleise zu erlassen, und damit die Fortführung der rollenden Ausstellung zu ermöglichen, ist ein skandalöses Beispiel dafür. Die Ausstellung erinnert an die Deportation von 11000 jüdischen Kindern.

Gleichzeitig spielt die Entscheidung des Europäischen Parlaments aus dem Jahre 2009, den 23. August als Gedenktag für die Opfer aller autoritären Regime einzurichten, der BRD in die Hände. Hinter dem Vorhaben, dem Jahrestag des Hitler-Stalin-Paktes von 1939 mehr Bedeutung zuzusprechen, steckt die Idee, dass Nazi-Deutschland und die Sowjetunion aus vergleichbaren Motiven Europa unter sich aufteilen wollten. Diese Gleichsetzung von NS und Sowjet-Kommunismus relativiert die Verbrechen Deutschlands und wird außerdem in Ländern wie Lettland genutzt, um die mörderische Kollaboration mit den Nazis als Befreiungskampf gegen die Sowjetunion zu rechtfertigen.

Vor diesem Hintergrund muss sich eine antifaschistische Linke in Hinblick auf das Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome 1938 im nächsten Jahr auf eine komplexe Situation einstellen. Denn der 75. Jahrestag wird sich von staatlicher Seite eben nicht durch Leugnung und Verdrängung auszeichnen. Es sind im Gegenteil zahlreiche offizielle Gedenkveranstaltungen zu erwarten, die ein geläutertes, weltoffenes Bild von Deutschland zeichnen sollen. Daraus ergibt sich für uns die Notwendigkeit, die Form und den Zweck von Gedenken kritisch zu hinterfragen und einen antifaschistischen Ansatz zu stärken. Wir müssen zudem Wege des Erinnerens entwickeln, die sich zwar ausdrücklich auf NS-Überlebende beziehen, aber gleichzeitig ohne deren Anwesenheit auskommen. Hier stellt sich auch die Frage, inwiefern das Vermächtnis durch die Nachkommen der Überlebenden weitergetragen werden kann.

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

Im August 2012 jährte sich das Pogrom von Rostock-Lichtenhagen zum 20. Mal. Mehrere Tage lang hatten sich dort tausende Rostocker_innen vor der Zentralen Aufnahmestelle für Asylsuchende versammelt. Sie riefen rassistische Parolen und warfen Steine und Molotowcocktails auf den elfstöckigen Plattenbau, in dem ehemalige vietnamesische »Vertragsarbeiter_innen« sowie Asylsuchende rumänische Roma unter dramatischen Bedingungen wohnen mussten. Die Menge wurde dabei von organisierten Neonazis unterstützt, während sich die anwesende Polizei passiv verhielt.

Die Ereignisse in Rostock-Lichtenhagen, aber auch andere rassistische Ausschreitungen oder Morde wie in Ho-

yerswerda, Mölln und Solingen, waren eingebettet in eine öffentliche rassistische Hetze in Politik und Medien. Diese Entwicklungen gipfelten auf politischer Ebene in der faktischen Abschaffung des Asylrechts 1993 – eines Rechts, das als Konsequenz aus den NS-Verbrechen in das Grundgesetz der BRD geschrieben worden war. Diese Dynamik hatte dramatische Folgen für Flüchtlinge und verstärkte die ohnehin bestehende rassistische Ausgrenzung innerhalb der BRD. Außerdem prägte sie nachhaltig eine jugendliche Neonazi-Generation, die lernte, dass bei rassistischen Übergriffen mit Unterstützung durch die Bevölkerung, Wegschauen der Polizei und Zugeständnissen der Politik zu rechnen ist.

Spätestens im November 2011 wurde klar, dass das Zusammenspiel aus Pogromen, rassistischer Hetze und Einschränkung des Asylrechts nur der vorläufige Höhepunkt einer weit darüber hinaus reichenden Entwicklung war. Als sich die Neonazi-Terrororganisation NSU selbst enttarnte, wurden einer breiten Öffentlichkeit zwei Dinge bewusst, die sie lange schon hätte wissen können. Erstens hatten Angehörige der Opfer der NSU-Attentate mehrfach auf einen rassistischen Hintergrund der Morde hingewiesen. Dies nahm die Polizei nicht nur nicht ernst, sondern konterkarierte die Hinweise sogar noch durch ihre rassistisch aufgeladenen Verdächtigungen der eigentlichen Opfer und den Namen der zuständigen Sonderkommission »SoKo Bosphorus«. Zweitens hatten Antifaschist_innen immer wieder auf die Verstrickungen von Verfassungsschutz und Neonazi-Netzwerken aufmerksam gemacht. So unterstützt der »Verfassungsschutz« über die Zahlungen an Neonazi-V-Männer den Aufbau von Neonazi-Netzwerken, wie zum Beispiel den »Thüringer Heimatschutz«. Diese Politik ist auch deshalb kaum überraschend, wurde der VS doch nach 1945 von etlichen Spezialisten aus dem Terrorapparat des NS-Systems aufgebaut. Neben zahlreichen personellen Kontinuitäten war die inhaltliche Ausrichtung klar antikommunistisch – der Feind stand links.

Die mangelhafte Ermittlungen der Polizei, wenn es um Personen geht, die von rassistischer Ausgrenzung betroffen sind, sowie die mediale Demütigung der Opfer und ihren Angehörigen ist kein Einzelfall. Der Umgang mit dem Mord an Burak B. aus Berlin im April 2012 ist ein weiteres Beispiel. Ohne ersichtliches Motiv wurde Burak in einer Gruppe mehrerer junger Menschen mit Migrationshintergrund erschossen, woraufhin die Polizei erst einmal sein Umfeld auf mögliche Tatmotive durchleuchtete. Doch die Erfahrungen mit den NSU-Morden zeigen: Das Attentat muss solange als rassistisch motiviert betrachtet werden, bis das Gegenteil bewiesen ist.

Die Vorgänge rund um den NSU verdeutlichen nicht nur staatlichen Rassismus und die rechte Ausrichtung des Verfassungsschutzes – sie sind auch ein dringender Anlass, unsere eigene antifaschistische Praxis zu überdenken. Denn der vorherrschende Mangel an Aufmerksamkeit für die Opfer der rassistischen Mordanschläge erschwerte es, den politischen Charakter der Morde zu erkennen. Umso mehr müssen wir uns heute zusammen mit den Betroffenen dafür einsetzen, dass die Verstrickungen von Neonazi-Szene und staatlichen Behörden aufgeklärt werden und das Problem Rassismus offen benannt wird.

All diese Entwicklungen verleihen der Erinnerung an die Pogromnacht 1938 erschreckende Aktualität und Notwendigkeit. Dem Gedenken an die deutschen NS-Verbrechen auch weiterhin Gehör zu verschaffen sowie Konsequenzen daraus einzufordern, bleibt die wichtigste Aufgabe für alle Antifaschist_innen.

In diesem Sinne hoffen wir, möglichst viele von Euch am 9. November auf der Gedenkdemo in Moabit zu sehen.

ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE MOABIT [AIM],
NORTH EAST ANTIFASCISTS [NEA],
SIEMPRE ANTIFASCISTA, 2012

9. November 2012

„Es ist geschehen und folglich kann es wieder geschehen.“

Primo Levi

9. November, 17 Uhr
Mahnmahl Levetzowstraße
Gedenkkundgebung und
antifaschistische
Demonstration
in Berlin-Moabit



Veranstalterin: AIM, Mitglied in der Berliner VVN-BdA
www.aim-berlin.de.vu

Eine offene
Plattform zum
mitmachen

Aktionen
in
Deiner
Nähe

VON
ANTI-ATOM
BIS ZIVILER
UNGEHORSAM

Mit über
1000
Initiativen

BERICHTE UND
INFOS AUS
DER BEWEGUNG

bewegung
.taz.de

www.bewegung.taz.de – die Plattform für Veränderung

ROSEN AUF DEN WEG GESTREUT

JUGENDINFO FÜR
PBERG, PANKOW
WEISSENSEE & BERNAU

WWW.ROSEN-WEB.DE.VU

THEMA

20 JAHRE NEUE ANTIRASSISTISCHE BEWEGUNG

ZAG

ANTIRASSISTISCHE ZEITSCHRIFT
NUMMER 62/2012 · ISSN: 2192-6719 · EUR 5,00

ZAG c/o Netzwerk Selbsthilfe e.V.
im Mehringhof,
Gneisenaustraße 2a, 10961 Berlin
E-Mail redaktion@zag-berlin.de
Internet www.zag-berlin.de

Cornelia Kerth, Bundesvorsitzende der VVN-BdA kurz vor der Anbringung der Tafel vor dem Rostocker Rathaus



Deutschland im Herbst 1992

Am 25. August 2012 brachte die »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten« am Rostocker Rathaus eine Gedenktafel an. Dies geschah im Rahmen einer Gedenkkundgebung und Gedenkdemonstration an das rassistische Pogrom 1992 in Rostock-Lichtenhagen. Es war eine Replik der Tafel, die »Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France« am 19. Oktober 1992 am Rathaus anbringen wollten. Zuvor hatte es über 20 Jahre lang kein Erinnerungszeichen in der Hansestadt gegeben, das das tagelange Pogrom gegen vietnamesische Vertragsarbeiter_innen und Asylbewerber_innen thematisiert hätte. Im Vorfeld waren in der ganzen Stadt Plakate und Aufkleber mit der Tafel geklebt und in einem Brief war die Stadtverwaltung von dem Vorhaben informiert worden. Die Originaltafel, die sich im Besitz der Stadt befand, war auf »unerklärliche« Weise verschwunden.

Nach zwanzig jähriger Weigerung, diese oder eine ähnliche Tafel anzubringen, stimmte die amtierende Bürgermeisterin schließlich zwei Tage vor der Demonstration der (vorläufigen) Anbringung zu. Nur wenige Tage später brachte die NPD einen Antrag auf sofortige Entfernung der Tafel im Stadtrat ein, der von allen anderen Parteien abgelehnt wurde.

Wir dokumentieren das Grußwort von Beate Klarsfeld.

GRUSSWORT VON BEATE KLARSFELD

Liebe Freunde,

Ich bedauere es sehr, dass ich am heutigen Sonnabend nicht an Ihrer Veranstaltung teilnehmen kann.

Vielleicht ergibt sich eine spätere Möglichkeit, mit den Mitgliedern unserer Organisation, besonders mit denjenigen, die vor 20 Jahren dabei waren, zur offiziellen Einweihung dieser Tafel nach Rostock zu kommen.

Vor fast zwanzig Jahren, am 19. Oktober 1992 sich hat unsere Organisation »Les Fils et Filles des Déportés Juifs de France« (Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich) aus eigener Initiative entschlossen, zusammen mit 50 unserer Mitstreiter, und unter ihnen auch viele

Jugendliche aus jüdischen Organisationen, mit einem Bus nach Rostock zu reisen, es war eine lange Fahrt von mehr als 1200 km, um in dieser Stadt unsere Solidarität den Opfern zu beweisen, die der gewalttätige rechtsextreme Mob verfolgte und sogar mit dem Tod bedrohte. Es waren viele Vietnamesen, Flüchtlinge aus anderen Ländern und insbesondere zahlreiche Roma.

Keine andere Organisation wollte uns zu dieser Demonstration die Hand reichen, obwohl die Lage doch klar durchschaubar war. Hier wiederholte sich etwas wie in den dreißiger Jahren. Wir waren ganz besonders betroffen von dem Rassenhass gegen die Sinti und Roma, die wie die Juden 50 Jahre davor in den deutschen Gaskammern ermordet wurden.

Wer anders als die Waisen der in Auschwitz vergasteten Juden konnte hier die Alarmglocke ziehen und mit einer spektakulären Aktion die Öffentlichkeit aufrütteln. Wenn man die Presse hierzu liest, können wir sagen, wir hatten unser Ziel erreicht. Wir haben »wild« unsere Gedenktafel an der Vorderfront des Rathauses geklebt. Unser Sohn Arno hat dann mit den Jugendlichen Räume im ersten Stock besetzt und vom Balkon des Rathauses das Wort ergriffen, auch unsere Spruchbänder wurden hier aus dem Fenster gehängt.

Natürlich waren wir darauf vorbereitet, dass die Polizei eingreifen würde, aber nicht so brutal, wie sie es tat. Die Polizisten waren sehr zahlreich erschienen, es kam zu Schlägereien vor dem Rathaus. Wir wurden dann in unserem Autobus, beleitet von Polizeiwagen mit Sirengeheul und Blaulicht zum Polizeirevier gebracht. Ungefähr zehn Polizisten stellten sich in den Mittelgang unseres Busses, um uns zu überwachen. Es war eine unglaubliche Weise uns zu behandeln, vor allem wenn man daran denkt, wie zurückhaltend die Polizei reagiert hatte, als Menschen in Lebensgefahr waren, als die Skinheads ihre Molotowcocktails in die Asylbewerberheime warfen. Da war die Polizei nicht da.

Da das Polizeirevier uns nicht alle aufnehmen konnte, mussten wir die ganze Nacht in einer kalten Turnhalle verbringen, die zum Polizeirevier gehörte. Der Bus blieb im Hof stehen, wir wurden die ganze Nacht verhört, ungefähr bis 4 Uhr morgens. Ein Staatsanwalt wurde aus Westdeutschland hinzugezogen und der französische Konsul traf aus Hamburg bei uns ein. Am nächsten Morgen durften wir gegen 11 Uhr unseren Bus besteigen. Die drei Zurückgebliebenen wurden dann in Rostock angeklagt.

Wir waren aber fest davon überzeugt, dass wir richtig gehandelt hatten und dass die jüdischen Opfer das Recht auf Einmischen in Deutschland hatten, wenn Neo-Nazis mit Gewalttaten gegen Asylbewerber vorgingen. Unser Vorgehen wich wahrscheinlich von den üblichen Gegendemonstratio-

nen ab, aber wir haben immer wieder behauptet: das Recht der Söhne und Töchter der deportierten Juden aus Frankreich war gerecht, selbst wenn wir gegen das Gesetz verstießen, das will aber nicht viel heißen.

Unsere Organisation ist natürlich sehr erfreut, dass diese Tafel, deren Text von uns geschrieben wurde, heute hier am Rathaus angebracht wird. Zu dieser Tafel gehört natürlich auch die Beschreibung darüber, unter welchen Bedingungen die erste Tafel im Oktober 1992 geklebt werden konnte. Wir wollen nicht, dass der Eindruck entsteht, es war eine offizielle Veranstaltung mit Zustimmung des Bürgermeisters.

Nein, es war eine kleine Gruppe von französischen Juden, die mit ihrem Vorgehen hier auf eine allgemeine Ablehnung stieß, und von der Polizei brutalisiert wurde. Aber sie hatte diese Solidaritätsaktion mit gutem Gewissen durchgeführt, denn sie war sich ihren Verpflichtungen bewusst, dort einzuschreiten, wo Menschen verfolgt werden und in Todesgefahr sind.

Deswegen, liebe Teilnehmer dieser Veranstaltung, vergesst nicht, wer diese erste Tafel angebracht hat und unter welcher schwierigen Bedingungen.

— BEATE KLARFELD UND ALLE MITGLIEDER DER
FILS ET FILLES DES DÉPORTÉS JUIFS DE FRANCE

DER TEXT DER TAFEL
DEUTSCHLAND IM HERBST 1992

»IN ROSTOCK UND ANDEREN DEUTSCHEN STÄDTEN GINGEN MENSCHEN IM AUGUST 1992 MIT RASSISTISCHEN GEWALTSTATEN UND BRANDSTIFTUNGEN GEGEN UNSCHULDIGE FAMILIEN, KINDER, FRAUEN UND MÄNNER VOR. WIR ERINNERN AN DIE MILLIONEN KINDER, FRAUEN UND MÄNNER, DIE, WEIL ALS JUDEN, SINTI UND ROMA GEBOREN, DEM NATIONALSOZIALISTISCHEN VÖLKERMORD ZUM OPFER FIELEN. IN EINER EINZIGEN NACHT UNVERGESSLICHEN GRAUENS WURDEN AM 2. 8. 1944 DIE 3000 NOCH LEBENDEN MENSCHEN IM ZIGUNERLAGER AUSCHWITZ-BIRKENAU DURCH GAS ERMORDET. DIESE ERFAHRUNGEN UND HISTORISCHEN VERPFLICHTUNGEN FÜR DAS DEUTSCHE VOLK MÜSSEN WACHGEHALTEN WERDEN, UM ZU VERHINDERN, DASS SICH GEWALT UND MENSCHENVERACHTUNG JE WIEDERHOLEN.«

»Wie lange noch?«

Wenige Tage nach dem Pogrom von Rostock-Lichtenhagen 1992 schrieb Kien Nghi Ha einen Leserbrief an die Tageszeitung taz, den wir im Folgenden dokumentieren. Ha, geboren in Hanoi, ist promovierter Kultur- und Politikwissenschaftler, Publizist und Kurator mit den Forschungsschwerpunkten postkoloniale Kritik, Rassismus, Migration und Asian Diasporic Studies. Vor kurzem gab er den Sammelband »Asiatische Deutsche. Vietnamesische Diaspora and Beyond« heraus (Verlag Assoziation A 2012). Beim antifaschistischen Gedenken 2012 in Rostock hielt Ha eine Rede, in der er ebenfalls auf seinen Leserbrief Bezug nahm. Sie ist unter [youtube.com/user/leftvisionberlin](https://www.youtube.com/user/leftvisionberlin) einsehbar (»Ich bin hier, weil ihr hier seid«).

Lothar Kupfer, Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, fühlte sich nach den Angriffen so »betroffen«, obwohl die rassistischen Angriffe gar nicht ihm galten. Wahrscheinlich fühlte sich Kupfer auch schon vor den Bränden als Opfer von Verleumdungen, in denen ihm Inkompetenz und Versagen vorgeworfen wird. Aber dies zeugt immerhin von einer guten Einschätzung der eigenen Fähigkeiten. Die »Betrof-



Kien Nghi Ha auf der Abschlusskundgebung
Rostock Lichtenhagen 2012

fenheit«, falls sie bestand, reichte jedoch nicht zu einem Besuch des Flüchtlingsheims in Rostock-Lichtenhagen als Zeichen des Mitgefühls bzw. der Solidarität, was von Antifaschisten unter Lebensgefahr praktiziert wurde. Komisch bzw. traurig ist nur, daß der »Betroffene« Kupfer sogleich das Asylrecht durch »Ergänzung« abschaffen will, und sogar Verständnis für faschistisch-rassistische Gewalt aufbringen kann. Aber auch dieser Akt des tiefenden Opportunismus und der Verlogenheit ist nur ein Kapitel im Buch »Politik auf Kosten von MigrantInnen«.

Gleichzeitig wurden und werden Opfer zu Täter gemacht, Verbrechen relativiert, »erklärt« und entschuldigt und die

versuchten Mörder damit entlastet, wenn nicht sogar freigesprochen. Das Prinzip der Machterhaltung hat in dieser Demokratie Vorrang. Schließlich sind die braven faschistoiden BürgerInnen das Stimmvolk von heute und die gewalttätigen Kids die WählerInnen von morgen. Die meisten Politiker der etablierten Parteien trauen sich nicht den Deutschen ihr Spiegelbild zu zeigen, das von der mangelnden Aufarbeitung der nazistischen Vergangenheit und dem allgegenwärtigen Rassismus in der deutschen Gesellschaft verzerrt ist. Durch die Sozialisation haben wir alle, bei dem einen mehr und bei dem anderen weniger, diese Auffassungen irgendwo verinnerlicht.

Es ist viel leichter mit bequemen Scheinwahrheiten zu leben, in denen die Deutschen sich als Opfer der »Flut der Asylanten«, der »kriminellen Ausländer«, die im Park herumlungern und damit das deutsche Ordnungsgefühl irritieren, der »Wohnungsklauer« und »Dumpingarbeiter« sehen. So werden aus Privilegierten plötzlich bedauernswerte Opfer, Benachteiligte und ungerecht Behandelte. Schließlich kommen noch »Zukunftsängste«, ein »Bruch in der Biografie durch das verfallende Sozialmilieu einschließlich Elternhaus«, »Werteverfall aufgrund des Zusammenbruchs der DDR und der sozialistischen Werte«, Arbeitslosigkeit, Alkohol und Langeweile hinzu, die das Bild abrunden. Müssen wir MigrantInnen und Flüchtlinge da nicht akzeptieren, daß die armen Jungs ein Ablaßventil brauchen. Aber keine Sorge, der nächste Aufschwung kommt bestimmt.

Die Realität ist jedoch, dass MigrantInnen und vor allem Flüchtlinge in einem viel stärkeren Maß unter Zukunftsängsten aufgrund der rechtlichen Ungleichbehandlung (unsichere Aufenthaltsstatuten, keine politische Partizipation und Bürgerrechte) und einer noch schlechteren Situation auf dem Arbeitsmarkt leiden. Hatten wir keinen Bruch in unserer Biografie als wir nach Deutschland kamen und Familien durch Bürgerkriege, politische, religiöse und ethnische Verfolgungen, Morde oder einfach durch Armut auseinander gerissen wurden? Wurden wir hier nicht mit einer neuen dominierenden Kultur mit anderen Werten konfrontiert? Und haben die Flüchtlinge, die keine Arbeit finden, nicht ebenfalls Langeweile? Aber wem interessiert das? Wir veranstalten, obwohl unsere Probleme denen der Ossi im nichts nachstehen, keine Pogrome! Daher kann dieser Erklärungsansatz kaum befriedigend sein. Diese Gewalt hat seine Wurzeln im gesellschaftsfähigen Nationalismus und Rassismus. Die rassistisch-faschistischen Gewalttäter unterscheiden sich nur durch die angewandte Gewalt von den ach so braven BürgerInnen, aber nicht durch ihre Auffassungen. Noch leugnen sie, die PolitikerInnen, die SoziologInnen, die BürgerInnen, aber wie lange noch?

— KIEN NGHI HA, 1992

Am Rand der Gesellschaft

600 km zu Fuß gegen rassistische Sondergesetze

Einen Monat lang waren rund 50 Flüchtlinge und UnterstützerInnen aus dem bayerischen Würzburg zu Fuß nach Berlin unterwegs, um hier gegen ihre menschenunwürdige Situation zu protestieren. Vorangegangen waren seit Mitte März öffentliche Streiks in provisorischen Camps in Aub, Bamberg, Berlin, Düsseldorf, Regensburg, Osnabrück, Nürnberg und Würzburg.

Ein Auslöser des Streiks war der Suizid des iranischen Flüchtlings Mohammad Rahsepar in einer Gemeinschaftsunterkunft in Würzburg im Februar. Er machte das Ausmaß der unhaltbaren Bedingungen deutlich, unter denen Flüchtlinge in Deutschland meist Jahre lang perspektivlos dahinvegetieren müssen. Die Forderungen der Streikenden sind eindeutig und bestehen schon lange: Stopp aller Abschiebungen; Aufhebung der Residenzpflicht; keine Lagerunterbringung; schnellere Bearbeitung der Asylanträge, denn Asyl ist Menschenrecht und kein Privileg.

Der eskalierende Streik wird von den Behörden mit absurden Mitteln bekämpft. Selbst das Zunähen der Lippen als Zeichen des Hungerstreiks sollte den Würzburger Flüchtlingen untersagt werden, da es die PassantInnen verunsichern und die Behörden erpressen könnte. Diese Anekdote zeigt, wie wenig Problembewusstsein hierzulande bzgl. des institutionellen Rassismus herrscht und wie wenig konkrete Anteilnahme die meisten Deutschen überhaupt aufbringen können.

Am 8. September starteten die Würzburger Asylstreikenden ihren Protestmarsch gegen Unterdrückung, Lagerpolitik, Residenzpflicht und Gutscheine. Der Fußmarsch führte von Würzburg, über Thüringen und Brandenburg nach Berlin. Ein Bus der AktivistInnen brach zu einer großen Tour auf, die über die großen Städte im Rheinland führte und dann über Braunschweig/Magdeburg den Weg nach Berlin nahm. Dabei wurden mehrere TeilnehmerInnen in Flüchtlingslagern mobilisiert, die an der Wegstrecke lagen.

In der Hauptstadt sind die Flüchtlinge aus vielen Städten zusammenkommen, um zu erklären: »Wir haben die

Kriege, vor denen die Menschen flüchten, nicht begonnen! ...Und wir müssen auch in den Ländern Europas, in die wir geflüchtet sind, gegen diejenigen ankämpfen, die uns das Recht auf Leben verweigern.«

20 Jahre nach den rassistischen Angriffen auf eine Asylbewerberunterkunft in Rostock wurde auf den Gedenkfeiern im August 2012 einhellig gefordert, den gesellschaftlichen Rassismus zu bekämpfen, die Situation der Flüchtlinge zu verbessern und sie am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen. Doch wie steht es um die konkrete Umsetzung solcher Forderungen, z.B. in Berlin?

In der Stadt fallen rund 12 000 Menschen jährlich unter den Status »Flüchtling«. Ihnen ist gesetzlich untersagt zu arbeiten, sie können die Stadt nur mit Erlaubnis verlassen (sog. Residenzpflicht) und müssen in Sammellagern unterkommen, während sie mit dem Bundesamt für Migration um ihren Aufenthalt streiten.

Theoretisch haben die meisten Flüchtlinge in Berlin das Recht, in Wohnungen zu leben. Doch in der Realität wird ihnen dieses Recht häufig verwehrt und sie müssen auf engstem Raum in heruntergekommenen Plattenbauten oder Wohncontainern leben. Die Zahl derer, die das betrifft, ist in den letzten zwei Jahren auf rund 4 000 angestiegen.

Sie finden einfach keine Wohnung mehr oder werden nicht genügend bei der Wohnungssuche unterstützt. Dabei sind die Bedingungen in den Sammelunterkünften menschenunwürdig und Berlin seit über zehn Jahren angeblich daran interessiert, alle Flüchtlinge in Wohnungen unterzubringen.

Der ohnehin erschwerte Zugang für Flüchtlinge zum Wohnungsmarkt hat sich durch berlinweite Mietsteigerungen in den letzten Jahren noch einmal verschärft. Die Folge ist, dass jedes Jahr neue Sammellager hinzukommen. Derzeit sind es 17 allein in Berlin. Doch die Wohnungsunterbringung ist nur ein Baustein zum selbstbestimmten Leben. Die rassistische Sonderbehandlung ist eingelassen in den Arbeitsmarkt, das Staatsbürgerrecht, das Wahlrecht, die Bildungsinstitutionen, die Verteilung von kulturellen Ressourcen, die Wissensbestände der Menschen und das Alltagsleben.

Es ist die strukturelle Ungleichbehandlung, die fortgesetzte Selbstverständlichkeit von Diskriminierung, die die Flüchtlinge zur Eskalation des andauernden Protests zum Streik antreibt. Nun heißt es Solidarität zu zeigen und den Streik zu unterstützen! Infos zum Protestmarsch unter <http://refugeetentaction.net> und zur Situation in Berlin unter <http://bglbb.blogspot.de>

— ANTIFA FRIEDRICHSHAIN [AFH]

Beisetzung von Burak B. in der
Sehitlik-Moschee, Berlin (Foto: Björn Kietzmann)



Wer hat Burak B. ermordet?

WIR FORDERN AUFKLÄRUNG! GERECHTIGKEIT! TRANSPARENZ! SOLIDARITÄT!

Am 5. April um ein Uhr nachts wurde Burak B. ermordet. Ein unbekannter Täter näherte sich einer Gruppe von migrantischen Jugendlichen, die zu diesem Zeitpunkt an einer Bushaltestelle gegenüber dem Krankenhaus Neukölln saßen. Der Täter gab mehrere gezielte Schüsse auf die Gruppe ab. Er tötete den 22-jährigen Burak B. und verletzte Alex A. (16) und Jamal A. (17) lebensgefährlich. Zwei weitere Jugendliche blieben unverletzt. Der Täter war der Jugendgruppe nicht bekannt. Er wird von den Überlebenden des Angriffs als ca. 40-60 Jahre alt, ca. 180 cm groß, weiß, mit Kapuzenpulli, beschrieben.

Auf Buraks Beerdigung waren 2000 Menschen, Angehörige und Freunde und zum größten Teil Mitglieder der türki-

schen sowie muslimischen Community. Am Tatort befindet sich eine informelle Gedenkstelle. Plakate fordern: »Buraks Mord darf nicht unaufgeklärt bleiben.« »Deutschland, wir wollen Gerechtigkeit.« Angehörige formulieren: »das Schlimmste wäre, dass der Mord einfach vergessen wird.« Sie wollen wissen, was passiert ist und wer es getan hat.

EIN WEITERER UNAUFGEKLÄRTER RASSISTISCH-MOTIVIERTER MORD!?

Vier Monate nach dem Mord hat die Polizei noch immer kein Ermittlungsergebnis vorzuweisen. Auch wenn wir es nicht mit Sicherheit sagen können, gehen wir davon aus, dass Burak B. von Rassisten ermordet wurde.

Sensibilisiert durch das Totalversagen einer kritischen Öffentlichkeit bei den NSU-Morden, die einfach die Polizeiversion von Milieu-Morden akzeptiert hat, sind wir nicht bereit hinzunehmen, dass der Mord an Burak B. unaufgeklärt bleibt. Die Erfahrungen der NSU-Ermittlungen zeigen, dass die Arbeit der Polizei misstrauisch begleitet werden muss.

Denn es gibt für den Mord an Burak B. einen größeren gesellschaftlichen Kontext:

- Neukölln gilt für eine rassistische Öffentlichkeit als Inbegriff von gescheitertem Multikulti. Deren pathologisch-ras-

sistische Angstphantasien von aggressiven migrantischen Unterschichten, die Deutschland bedrohen, fokussieren insbesondere auf Neukölln.

- Regelmäßig werden Moscheen in Berlin angegriffen. Die Sehitlik-Moschee am Columbiadamm war in diesem Jahr schon vier mal Ziel eines rassistischen Anschlags.

- Faschistische Drohbriefe werden seit Anfang Februar an muslimische und jüdische Gemeinden, türkische Geschäftsleute und migrantische Vereine und Privatpersonen verschickt, unterschrieben von einer sogenannten »Reichsbewegung«. Diese bedrohen Muslime und Schwarze, Roma und alle Migrant_innen und setzen ihnen eine Frist, Deutschland zu verlassen. Sie kündigen Gewalttaten an.

- Der Hintergrund der unaufgeklärten NSU-Morde besteht weiter. Das antifaschistische Pressearchiv Apabiz ordnet mehr als 120 namentlich bekannte Neonazis dem NSU-Umfeld zu. Völlig unklar ist, ob weitere Zellen existieren. Es muss mit einer Fortsetzung der Mordserie oder Nachfolgetätern gerechnet werden. Es existiert eine rassistische, antimuslimische Internetszene, die den Mord an Burak B. verächtlich und hasserfüllt kommentiert.

Dieser rassistische gesellschaftliche Hintergrund erfordert, dass die Polizei gezielt im rassistischen sowie faschistischen Umfeld ermittelt. »Ermittlungen in alle Richtungen« verschleiern nur und schützen letztendlich die Täter.

Wir fordern, die Gefahr für Migrant_innen, für Nicht-Weiße und für People of Color in Berlin wahr und ernst zu nehmen. Das bedeutet, ihre Befürchtungen und Hinweise aufzugreifen und zu folgen. Wir fordern eine kritische Öffentlichkeit auf, sich solidarisch zu zeigen.

WAS KANN DAS IM EINZELNEN HEISSEN?

1. Aufklärung fordern. Transparenz der Ermittlungsbehörden fordern. Öffentlichkeit zum Mord und zur Bedrohungssituation herstellen:

Wird der mögliche politische bzw. rassistische Hintergrund der Tat bei den polizeilichen Ermittlungen in Betracht gezogen und warum ermittelt dann nicht die Staatsschutzabteilung? Muss nicht ein bundesweiter Hintergrund in Erwägung gezogen werden? Warum übernimmt nicht die Bundesanwaltschaft die Ermittlungen?

2. Eine öffentliche, politische Reaktion ist nötig: Wie gehen wir alle damit um, dass in unserer Stadt rassistische Morde stattfinden. Von mindestens 182 rassistischen bzw. rechten Morden in Deutschland seit 1990 haben 12 in Berlin stattgefunden. Wo ist unsere Empörung, wo ist unser Aufstehen dagegen?

An Silvio Meier (ermordet 21.9.1992, Friedrichshain) und Dieter Eich (ermordet 25.5. 2000, Berlin-Buch) wird erinnert. Haben wir als antirassistische Gruppe und Angehörige der weißen Gesellschaft die weiteren Opfer vergessen?

Sollte es nicht auch große Gedenkveranstaltungen z.B. für Mahmud Azhar, ermordet am 7.1.1990 in Berlin-Dahlem, Mete Eksi (ermordet 13.11.1991, Berlin-Charlottenburg), Nguyen Van Tu (ermordet 24.04.1992, Berlin-Marzahn), Jan W. (ermordet 26.07.1994, Berlin), Attila Murat Aydin (ermordet 13.06.2003, Berlin-Köpenick), Cha Dong N. (ermordet 06.08.2008, Berlin-Marzahn) geben?

Nach Presseberichten sind in Berlin drei weitere Morde an Menschen »türkischer« bzw. »jugoslawischer« Herkunft 2000, 2004 und 2006 nicht aufgeklärt. Wir fordern gezielte Ermittlungen in Richtung rassistischer Hintergründe.

3. Solidarität mit der Familie von Burak B.! Solidarität mit Alex A. und Jamal A., den zwei lebensgefährlich verletzten Jugendlichen. Solidarität mit den rassistisch bedrohten Communities.

Wir als ein Teil der Öffentlichkeit müssen zeigen, dass wir die rassistische Bedrohung von migrantischen Communities, People of Color und schwarzen Deutschen wahrnehmen und aufs Schärfste bekämpfen.

4. Keine Stille im Land! Schweigen bestätigt die Nazis. Es gibt eine neue Form des rechten und rassistischen Terrors in Deutschland, der keine Bekennerschreiben benötigt. Die Terroristen greifen gezielt Einzelpersonen oder Gruppen aus unserer Gesellschaft nach rassistischen Kriterien heraus und isolieren sie vom Rest. Die Mehrheit der Gesellschaft schweigt. Nazis führen einen »Rassenkrieg« und brauchen dafür keine Solidarisierung mit ihren Untaten. Es reicht das Schweigen und Ignoranz der Mehrheit, während die Minderheit bedroht und angegriffen wird. Diese Strategie darf nicht aufgehen.

KEIN SCHWEIGEN IM LAND!

**BURAK B. DARF NICHT VERGESSEN WERDEN!
SOLIDARITÄT MIT DER FAMILIE VON BURAK B.,
MIT ALEX A. UND MIT JAMAL A.!
KAMPF DEM RASSISMUS!**

— ANTIRASSISTISCHE INITIATIVE [ARI]

Demo in Rostock Lichtenhagen 2012
(Foto: Björn Kietzmann)



Kommunistenjäger & Sarrazin-Versteher Über einen Bundes- präsidenten

Zum 20. Jahrestag des rassistischen und antiziganistischen Pogroms in Lichtenhagen wurde von offizieller Seite alles aufgeföhrt, was das Repertoire der Symbolpolitik zu bieten hat. Sonntagsreden, ein Kinderchor und auch ein frisch gepflanzter Baum durfte nicht fehlen. Als die deutsche »Friedenseiche« wenige Tage später von antifaschistischen Fuchsschwänzen zurecht gestutzt wurde, ging ein Aufschrei durch den Blätterwald und die Online-Communities. Ein Kommentator auf der Seite eines höchst fragwürdigen SPD-nahen Satire-Projektes geiferte, wo sich unter dem Deckmantel politischer Meinungsäußerung an Bäumen vergangen wird, da sei es nur noch ein kleiner Schritt zur Bücherverbrennung.

Die Rede eines pensionierten Pfarrers und selbsternannten DDR-Bürgerrechtlers aus Rostock, der einige Monate zuvor zum Bundespräsidenten gewählt worden war, wurde hingegen eifrig beklatscht. Dass Joachim Gauck in seiner Rede ins schwammige Passiv wechselte, wenn er die konkret Verantwortlichen hätte benennen können, ging in der öffentlichen Wahrnehmung ebenso unter wie sein lautes Schweigen über das rassistische Pogrom in seiner Heimatstadt 1992. Bezüge zu den aktuellen Dimensionen von Rassismus blieben bezeichnender – aber doch konsequenter Weise gänzlich aus. Die einzige öffentlichkeitswirksame Kritik blieb einigen Antirassist_innen vorbehalten, die bei der Veranstaltung mit Schildern und Sprechchören auf das von Gauck geäußerte Verständnis für »Überfremdungsängste« in der Bevölkerung und sein Plädoyer, es dem »mutigen« Thilo Sarrazin in seinem Feldzug »gegen die Sprache der politischen Korrektheit« nachzutun, aufmerksam machten. Aufgebrachte Gauck-Fans versuchten ihnen sogleich, die Münder zu zuhalten und zerrissen ihr Transparent mit der Botschaft »Rassismus tötet.«

Neben Äußerungen, in denen er einen marktradikalen Begriff von Freiheit gegen vermeintlich zur Erschlaffung führende soziale Rechte ins Feld führt und Proteste gegen

Kapitalismus als »unsäglich albern« diffamiert, sind es vor allem Gaucks geschichtspolitischen Positionen, die ihm im publizistischen Flaggschiff der »Neuen Rechten«, der »Jungen Freiheit«, das Jubel-Cover »Wir sind Präsident« einbrachten. So ist Gauck einer von drei westeuropäischen Erstunterzeichnern eines antikommunistischen Manifestes, das im Februar 2010 in Prag vorgestellt wurde. Die Deklaration ist bestimmt von der obsessiven Gleichsetzung von Nationalsozialismus und Kommunismus unter dem Begriff Totalitarismus. So wird neben einem europaweiten Gedenktag an die Opfer des Totalitarismus, ausgerechnet am Jahrestag des so genannten Hitler-Stalin Paktes am 23. August, in Punkt vier der Erklärung auch die Einsetzung eines neuen Internationalen Gerichtes für »kommunistische Verbrechen« in der EU gefordert. Die »kommunistischen Verbrechen« müssten von diesem Gericht in ähnlicher Weise verurteilt und bestraft werden wie etwa die Nazi-Verbrechen. Somit wird der eliminatorische NS-Antisemitismus mit der Repression gegen Kritiker_innen und politischen Gegner_innen in realsozialistischen Staaten gleich gesetzt. Dieser geschichtsklitternde Tenor zieht sich wie ein roter Faden durch die politische Vita des Bundespräsidenten. So bemüht sich der Mann, der als erster Leiter der Stasi-Unterlagenbehörde in der BRD mit denunziatorischem Eifer an der Enttarnung des letzten »sozialistischen Globkes« gearbeitet hatte, in einem Aufsatz, die Verbrechen der DDR aus dem »Schatten der Wahrnehmung des Dritten Reiches« zu holen. Denn die DDR sei »genauso totalitär« wie der NS-Staat gewesen. Gemeinsam mit Anderen arbeitet er unaufhörlich an der Verbreitung eines »antitotalitären Konsens«. In diesem Konsens, der keine Differenzierung zwischen Leichenbergen in Konzentrationslagern und Aktenbergen in Archiven kennt, bleibt der Charakter des Holocausts als singuläres Ergebnis des deutschen Vernichtungswahns notwendigerweise auf der Strecke. So ist es nur konsequent, wenn sich Gauck an anderer Stelle dagegen ausspricht, dass »der deutsche Judenmord in eine Einzigartigkeit überhöht wird.« Dass Gauck noch nach 1990 den verlorenen Ostgebieten nachtrauert, erschreckt dann schon fast nicht mehr. Im von ihm verfassten Vorwort des »Schwarzbuch des Kommunismus« wirft er den »Kommunisten« vor, durch die Anerkennung der Oder-Neiße Grenze das »Unrecht der Vertreibung« noch »zementiert« zu haben.

Gauck passt wirklich hervorragend an die Spitze eines Landes, indem es als mutig gilt, Ressentiments der Mehrheitsgesellschaft laut auszusprechen.

— AUTONOME NEUKÖLLNER ANTIFA [ANA]

Nichts für Dummys.

Die linke Wochenzeitung
Jungle World



JUNGLE-WORLD.COM

WOLLEN SIE SO DUMM BLEIBEN, WIE SIE SIND?



Dann greifen Sie ruhig weiter zu den Stapeln hochglänzender Makulatur an Ihrem Zeitungsstand. Suchen Sie Lektüre, die Ihre Vorurteile stört und Sie zum Denken neuer Gedanken provoziert, dann haben wir etwas für Sie ...

konkret

:Lesen, was andere nicht wissen wollen.
Jeden Monat neu am Kiosk.

STUFEN
DIE KEINE
STUFEN
MEHR SIND.
EINE TREPPE
DIE KEINE TREPPE MEHR IST
ABGEBROCHEN
SYMBOL DES WEGES
DER KEIN WEG MEHR WAR
FÜR DIE
DIE
ÜBER RAMPEN
GLEISE
STUFEN
UND TREPPEN
DIESEN LETZTEN WEG GEHEN MUSSTEN
VOM BAHNHOF PUTLITZSTRASSE
WURDEN IN DEN JAHREN
1941-1944
ZEHNTAUSENDE JÜDISCHER MITBÜRGER BERLINS
IN VERNICHTUNGSLAGER
DEPORTIERT
UND
ERMORDET

Das Mahnmal an Putlitzbrücke ist seit seiner Aufstellung bis in die Gegenwart immer wieder Ziel antisemitischer Beschmierungen und Schändungen.

Am 29. August 1992 wurde das Mahnmal Ziel eines Sprengstoffanschlages, der es so schwer beschädigte, dass es vorübergehend demontiert und restauriert werden musste. Die Wiederaufstellung erfolgte im März 1993. An diesen Anschlag erinnert heute eine Tafel am Brückengeländer neben dem Mahnmal.



Ursula Mamlök (Foto: Marko Priske)



»Ab da wusste man definitiv: jetzt musst du irgendwie rauskommen.«

Die Interviewbroschüre »Fragt uns, wir sind die Letzten.« sammelt Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand. Eine der befragten Überlebenden ist Ursula Mamlök (geb. 1923 in Berlin).

Weil Mamlöks jüdische Familie von den Nazis verfolgt wird, wandert sie 1939 gemeinsam mit ihren Eltern nach Ecuador aus. Später geht sie in den USA, wo sie Komposition lehrt und als Komponistin zahlreiche Auszeichnungen erhält. Seit 2006 lebt sie wieder in ihrer Geburtsstadt Ber-

lin. Das vollständige Interview kann in der dritten Ausgabe der Broschüre oder auf fragtuns.blogspot.de nachgelesen werden.

GAB ES EINEN SPEZIELLEN ANLASS, DER IHRE ELTERN DAZU BEWEGT HAT, AUSZUREISEN?

Als am 9. November 1938 die Synagogen brannten, bekamen wir einen anonymen Telefonanruf. Die Telefone wurden ja auch manchmal von der Gestapo überwacht. Da hat uns diese Person gesagt: »Geht nicht auf die Straße! Die Synagogen brennen!« Wir haben gar nicht gewusst, was davon zu halten ist, aber wir sind nicht auf die Straße gegangen. Ab da wusste man definitiv: jetzt musst du irgendwie rauskommen. Dazu kam noch, dass mein Vater 1938 plötzlich entlassen wurde. Er hat noch einen schönen Brief von seinem Chef bekommen: Es täte ihm Leid, dass er ihn nach so vielen Jahrzehnten entlassen müsse. Er hat natürlich nicht geschrieben: »Die frechen Nazis verursachen das.« So etwas wurde immer camouflagiert: »Die Umstände erlauben es nicht, dass wir Sie hier weiter anstellen können.«

WIE HAT ES IHRE FAMILIE LETZTLICH GESCHAFFT ZU FLIEHEN?

Mein Vater hatte einen Verwandten in Ecuador. Er war Chemiker und hat dort in den 1920ern eine große Apotheke aufgemacht. Wir hatten vorher keinen Kontakt mit ihm, aber er schrieb uns, er hätte eine Schwester in Hamburg, die er gerne retten wollte und ebenso wolle er auch seine anderen Verwandten in Deutschland retten. Wenn wir kommen wollten, seien die Papiere für uns bereit. Wir wussten gar nicht, wo Ecuador lag, und mussten auf der Karte nachsehen. Zudem handelte es sich um eine Stadt, Guayaquil, von der wir noch nie gehört hatten. Das war ein schwerer Schritt für mich, denn ich hatte hier in Berlin einen ganz fantastischen Musiklehrer, der nach Holland fliehen wollte. Er war schon 80 Jahre alt, aber ein ganz fantastischer Kopf. Er wollte mich mitnehmen und ich wäre sehr gerne mit ihm gekommen. Meine Eltern hätten das sogar auch erlaubt. Aber das war eine sehr riskante Angelegenheit und nun gab es die sichere Sache mit Ecuador. Im Rückblick betrachtet sieht man, dass es einen Sinn hat, wie es gekommen ist. Der Lehrer wurde in Holland von den Nazis ermordet.

Also bin ich mit meinen Eltern nach Ecuador gegangen. Wir mussten aber leider die Großeltern zurücklassen. Denn die Leute in Ecuador haben nur für uns drei die Papiere besorgt, aber die Großeltern haben sie schon nicht mehr interessiert. Wir dachten ja auch noch auf dem Schiff, dass wir bald zurückkehren werden.

WAS IST DENN MIT IHREN GROSSELTERN GESCHEHEN?

Leider Gottes wurden die dann ermordet. Mein Großvater ist schrecklich umgekommen. Er hatte Zucker und als Jude hat er die Medikamente dagegen nicht mehr bekommen. Daran ist er gestorben. Die Großmütter wurden abgeholt, 1943 glaube ich. Wir wissen nicht genau wann, denn wir hatten keinen Kontakt mehr. Sie durften weder schreiben, noch durften sie Briefe erhalten. Die eine Großmutter starb wahrscheinlich aus Entkräftung in Theresienstadt. Die andere Großmutter wurde in Treblinka ermordet. Sechs Millionen Juden! Wenn ich mit Leuten spreche, die erzählen, sie hätten Juden versteckt, denke ich mir noch heute: So viele Juden, wie die versteckt haben, gab es gar nicht.

WIE HABEN SIE DAS ENDE DES NS ERLEBT?

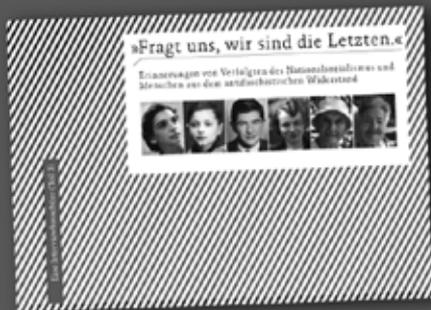
Das war natürlich eine großartige Sache für uns, wir haben das alles täglich im Fernseher verfolgt. Wir waren alle sehr froh darüber, aber es war auch furchtbar zu sehen, wie Berlin zerstört war. Die ganze Welt hat dieser Hitler zerstört.

WIE SCHÄTZEN SIE HEUTE DEN ANTISEMITISMUS UND RECHTSRADIKALISMUS IN DEUTSCHLAND EIN?

Der Antisemitismus wird nicht verschwinden. Der kann durch nichts weggehen. Der ist in Deutschland durch das, was vorgefallen ist, bloß ein bisschen gemildert. Ich habe immer etwas Angst vor den Neonazis. Man sagt mir zwar immer, das seien nicht so viele, aber das waren sie ja damals auch nicht. Ich habe Angst, dass sie nicht richtig bekämpft werden. Ich verfolge die Entwicklung da sehr und glaube auch, dass das heute mehr bekämpft wird. Aber offenbar auch zu spät. Dass die Sache mit der Terrorzelle aus Zwickau so lange unbeobachtet geblieben ist, finde ich schon unheimlich. Aber man hofft eben, wie man damals auch gehofft hat, dass so etwas nicht mehr passieren kann.

Ich höre hier in Deutschland auch zum ersten Mal das Wort »Ausländer« wieder. Das hat man in Amerika nicht gehört. »Foreigners« hat man anders aufgefasst. Wenn ich das Wort »Ausländer« schon höre, dann klingelt es bei mir. Das ist etwas anderes. Das ganze wird immer ein schwieriges Problem bleiben. Und natürlich, hier im täglichen Leben merkt man nichts. Aber es ist in einem drin, diese Sachen kann man nie ausscheiden. Für die jüngeren Leute bedeutet das alles schon nichts mehr. Aber bei mir ist diese Sache von Kindheit an dagewesen. Und mir kommt es wahnsinnig komisch vor, wenn ich hier auf der Straße laufe und denke, ich bin in Berlin. Das ist mir manchmal unglaublich, wieso bin ich eigentlich hier?

**Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand.
Eine Interview-Broschüre**



»Fragt uns, wir sind die Letzten.«
Erinnerungen von Verfolgten des Nationalsozialismus und Menschen aus dem antifaschistischen Widerstand

Zum Download oder Printversion über die Berliner VVN-BdA.
Infos: <http://fragtuns.blogspot.de>

Mitglieder des NSU beim Naziaufmarsch in Dresden 1997, 1.-3. Person von rechts (Foto: Apabiz)



Solidarisierung? Fehlanzeige

Eine Aufklärung der rassistischen NSU-Mordserie und des Versagens deutscher Behörden ist von offizieller Seite nicht zu erwarten. Empathielos mit den Betroffenen und deren Angehörigen sind aber auch Weiß-dominierte deutsche Antifa-Gruppen.

Als im Herbst 2011 öffentlich wurde, dass das Neonazitrio »NSU« zwischen 2000 und 2007 mordend durch die Bundesrepublik ziehen konnte, war der gesellschaftliche Aufschrei groß. Nicht allein, weil ein neonazistisches Terrornetzwerk mit einem breiten Unterstützer_innenkreis mehr als zehn Jahre lang unentdeckt in Deutschland leben und agieren konnte. Sondern auch, weil diese Mordserie erst durch das komplette Versagen der Sicherheits- und Geheimdienste einzelner Länder und des Bundes möglich wurde. Dieses Versagen ist unter anderem durch rassistische Vorannahmen in der Ermittlungslogik begründet. Eine Zäsur ist es auch deshalb, weil eine öffentliche Solidarisierung mit den Opfern und den Hinterbliebenen bislang kaum stattgefunden hat. Diese mangelnde Empathie der Mehrheitsgesellschaft lässt die Betroffenen nach wie vor allein.

Der Vorwurf der Empathielosigkeit muss jedoch auch klar an die radikale Linke gehen.

Wenig überraschend ist das terroristische Potential innerhalb der Neonaziszene. Regelmäßig ist von größeren Waffenfunden bei Razzien von Neonaziwohnungen und -treffpunkten zu lesen. Bereits in den 1970er Jahren existierte die Wehrsportgruppe Hoffmann. Sie umfasste zu Höchstzeiten 440 Mitglieder und hatte einige sehr konkrete Mordanschlagspläne geschmiedet. Bei ihrem Verbot 1980 wurden 18 Lastwagenladungen Material und Waffen beschlagnahmt. Die Vereinigung war nicht die einzige ihrer Art und diente vielen zukünftigen als Vorbild.

- Nach dem Verbot 1980 verübte ein ehemaliges Mitglied der WSG Hoffmann das Oktoberfestattentat.

- Wenig später verübte ein weiteres ehemaliges Mitglied ein tödliches Attentat auf den Rabbiner und Verleger Shlomo Lewin und dessen Lebensgefährtin.

- 1979 verübten Neonazis Sprengstoffanschläge auf Sendemasten des WDR, um die Ausstrahlung der Reihe »Holocaust« zu verhindern.

- 1997 erschoss der Berliner Neonazi Kay Diesner, damals organisiert mit den rechten Hausbesetzern in der Weitlingstraße und in der Gruppe »Nationale Alternative«, eine Polizistin, nachdem er bereits einen linken Buchhändler mit einer Pumpgun angegriffen hatte.

· 1998 wurden auf das Grab des ehemaligen Präsidenten des Zentralrats der Juden, Heinz Galinski, in Berlin-Charlottenburg zwei Rohrbombenanschläge verübt.

Diese unvollständige Auflistung zeigt, dass die Mordserie im Kontext jahrzehntelanger Kontinuitäten rassistischer und neonazistischer Gewalt mit über 180 Todesopfern steht. Viele der Taten werden offiziell nicht als von Neonazis verübt anerkannt, sondern aus dem politischen Kontext gerissen.

Das Neonazitrio Böhnhardt, Mundlos und Zschäpe trat schon Mitte der 1990er Jahre in Erscheinung. 1997 machten die Rechtsterrorist_innen mit dem Versenden von Briefbombenattrappen auf sich aufmerksam. Des Weiteren tauchten wiederholt mit einem Hakenkreuz bemalte Koffer mit funktionsfähigen Bomben auf. Obwohl die Aktivitäten von Böhnhardt bei Polizei und Verfassungsschutz aktenkundig waren und bei einer Hausdurchsuchung 1,4 kg TNT und Rohrbomben beschlagnahmt wurden, konnte der Neonaziaktivist untertauchen. Während der NSU 1999 und 2000 in Chemnitz Banken überfiel, begann 2001 in Nürnberg die rassistische Mordserie mit der Erschießung des Blumenhändlers Enver Simsek. Neun weitere Menschen aus der migrantischen Community und eine Polizistin fielen dem Neonazitrio zwischen 2001 und 2007 zum Opfer.

Äußert überraschend hingegen ist die Einordnung der Mordserie durch staatliche Stellen vor Bekanntwerden des NSU. In Publikationen des dem Trio und seinen Unterstützer_innen nahestehenden Neonazinetzwerkes Blood & Honour, das im Jahr 2000 in Deutschland verboten wurde, wurde bereits in den 1990er Jahren sehr genau beschrieben, wie man sich in diesen Kreisen eine derartige Mordserie vorstellte. Es finden sich erschreckend viele Parallelen, beispielsweise das Fehlen eines Bekennerschreibens und die Verwendung von Nagelbomben bei dem Anschlag in der Kölner Kolbstraße im Juni 2004, bei dem 22 Menschen verletzt wurden.

Trotz Kenntnis dieser Veröffentlichungen wurde die Mordserie lange Zeit als »Dönermordserie« bezeichnet. Die über Jahre hinweg erfolglos ermittelnde Polizei, welche die Täter_innen der Morde in einem »ausländisch-kriminellen Milieu« suchte und sich nicht zu blöd war, eine Fahndergruppe »Soko Bosphorus« zu nennen, macht deutlich, wie wichtig die Rolle des staatlichen Rassismus in der Auseinandersetzung mit dem NSU ist. Dass der erste Reflex zur Erklärung dieses Phänomens in Deutschland zuerst rassistische Klischees bedient, wunderte zu diesem Zeitpunkt nur wenige.

Die Rolle des Verfassungsschutz, der jedes Jahr mit hunderttausenden Euros die Neonaziszene unterstützt und V-Leute finanziert, ist ebenso skandalös. So wurde beispielsweise der »Thüringer Heimatschutz«, dem auch Böhn-

hard, Mundlos und Zschäpe angehörten, maßgeblich durch V-Leute organisiert und durch staatliche Gelder finanziert. Obwohl in Sachsen, Thüringen und auf Bundesebene Untersuchungsausschüsse einberufen worden sind, kommt die Aufklärung des NSU-Terrors wenn überhaupt nur mühselig voran. Auch dass der Berliner CDU-Innensenator Henkel die Information über die Existenz eines V-Mannes aus dem NSU-Umfeld in seiner Behörde weder an die Untersuchungsausschüsse noch an den Berliner Senat weitergegeben hat, zeigt, dass es den staatlichen Verantwortlichen darum geht, die eigenen Fehler und Verstrickungen im NSU-Kontext zu vertuschen.

Die direkten Aktionen der bundesdeutschen Antifa-Szene nach der Entdeckung des Terrornetzwerkes konnten dem Thema nicht gerecht werden. Bis auf wenige eher kleine und nicht überregional wirksame Aktionen dauerte es sehr lange, bis die radikale Linke sich zu den Vorkommnissen positionierte. Die mediale Reproduktion von rassistischen Vorurteilen, die im Zusammenhang mit den Ermittlungen verbreitet wurden, zeigt scheinbar auch bei der radikalen Linken Wirkung. So fällt eine mangelnde antirassistische und antifaschistische Solidarität mit den Betroffenen nach den jeweiligen Mordanschlägen auf, obwohl die Angehörigen eine rechte Tatmotivation vermuteten. Diesen Verdacht äußerten beispielsweise schon vor sechs Jahren in Kassel die Angehörigen der Opfer der NSU-Mordserie. Sie demonstrierten mit mehr als 2000 Menschen, fast ausschließlich deutsch-türkischer Herkunft, im Jahr 2006 unter dem Motto: »Kein 10. Opfer!« in der nordhessischen Stadt. Auch ein Schweigemarsch in Dortmund fand wenig Beachtung innerhalb der Linken.

Allgemein zeigt sich an dem Beispiel der ausgebliebenen Solidarität, dass die Weiß-dominierten deutschen Antifagruppen auf der einen Seite und Migrant_innen inklusive deren (antirassistischen) Selbstorganisationen auf der anderen Seite keine gemeinsame politische Praxis entwickeln konnten, sondern nebeneinander agieren. Während Antifa-Aktivist_innen das Thema zwar in ihre Aktionen und Texte integrierte, nahmen nur wenige an Aktionen von Angehörigen und Antira-Aktivist_innen teil.

Die alljährlich ritualisierte Gedenkdemonstration für Silvio Meier thematisierte die Morde zwar schon 2011, doch auch hier wird eine Gewichtung der Neonazi-Opfer deutlich. Opfer von Neonazigewalt, sollten sie aus rassistischen oder sozialchauvinistischen Motiven ermordet worden sein, wie der Obdachlose Dieter Eich oder Kamal Kilade in Leipzig, rufen lange nicht so eine energische Solidarisierung hervor, wie »die eigenen Toten«.

— EMANZIPATIVE ANTIFASCHISTISCHE GRUPPE [EAG]

15 Jahre Kampf: Der Gedenkort ehemaliges KZ-Uckermark

Im Sommer 2012 begann die Beseitigung militärischer Überbauungen der Roten Armee/GUS Truppen auf dem Gelände des ehemaligen Jugendkonzentrationslagers für Mädchen und junge Frauen und späteren Vernichtungslagers Uckermark. Dies ist ein wichtiger Schritt im zähen Kampf um einen würdigen, öffentlich zugänglichen Gedenkort an einem beinahe vergessenen Ort nationalsozialistischen Terrors, für den sich die Initiative für einen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e. V. seit mehr als 15 Jahren einsetzt. Dennoch ist es fast 70 Jahre nach der Befreiung noch ein langer Weg zu einem würdigen Gedenken, denn es existiert bisher weder eine Finanzierung, noch herrscht Einigkeit über ein Gestaltungskonzept für den künftigen Gedenkort. Auch die Geschichte des Konzentrationslagers und der Inhaftierten sind noch immer unzureichend erforscht.

Das Jugendkonzentrationslager Uckermark wurde 1942 speziell für Mädchen und junge Frauen zwischen 16 und 21 Jahren errichtet. Bis 1945 waren dort 1000–1200 Häftlinge eingesperrt. Die von den Nazis gewählte Bezeichnung »Jugend-
schutzlager« verharmloste die tatsächlichen Lebensbedingungen: ähnlich wie die Frauen im nahe gelegenen KZ Ravensbrück litten auch die hier Inhaftierten an Hunger und Kälte, mussten schwere Zwangsarbeit leisten, wurden bestraft, misshandelt und ermordet. Auch das KZ Uckermark strich durch die Vermietung der Mädchen und Frauen als Arbeitssklavinnen an Rüstungskonzerne, Kleinbetriebe oder Privatpersonen erheblichen Gewinn ein.

Die Gründe für eine Einweisung in das KZ Uckermark waren so vielfältig wie willkürlich. Die meisten Mädchen und jungen Frauen kamen aus Deutschland und Österreich, waren von staatlichen »Fürsorge«-Organisationen als sogenannte »Asoziale« herabgewürdigt und als »hoffnungslose Fälle« eingestuft worden. Als »asozial« galt jedes Verhalten, das den Normen der »nationalsozialistischen Volksgemeinschaft« widersprach. Dies reichte von Arbeitsverweigerung, Alkoholabhängigkeit der Eltern, »Herumtreiberei« bis zum Kontakt zur Rebellion gegen die unterdrückende »Fürsorge«. Mädchen, die den herrschenden Weiblichkeitsidealen nicht entsprachen, wurden als »sexuell verwahrlost« in das KZ eingewiesen.

Von Januar bis April 1945 diente ein Teil des Lagergeländes als Vernichtungslager für geschwächte und ältere Frauen aus Ravensbrück. Hier wurden die Häftlinge unter unwürdigsten

Bedingungen durch den Entzug von Nahrung, Kleidung und jeglicher medizinische Versorgung entweder ihrem Schicksal überlassen oder durch Giftspritzen und in der Gaskammer des KZ Ravensbrück gezielt getötet. Insgesamt starben so in den vier Monaten bis zur Befreiung 5000–6000 Frauen.

Besonders für die als »asozial« kategorisierten Überlebenden setzten sich Ausgrenzung, Stigmatisierung und Verfolgung auch nach Kriegsende fort. Sie hatten weder eine Lobby, noch galten sie als Verfolgte nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Erst 1970 (DDR: 1972) wurde das KZ Uckermark auch als solches anerkannt. Nach dem endgültigen Abzug der GUS-Truppen 1993 lag das Gelände brach, ohne dass dessen Vergangenheit erforscht wurde.

Ab 1997 führten Aktivist_innen der Lagergemeinschaft Ravensbrück/Freundeskreis erste Camps und Ausgrabungen auf dem Gelände durch, mit dem Ziel, den Ort vor dem Vergessen zu bewahren. Archäologische Funde aus der Zeit des Jugend-KZ konnten wichtige Aufschlüsse über dessen Topographie und Beschaffenheit geben. Diese Informationen waren von enormer Bedeutung, da es kaum historisches Material zum Lager gibt und nur sehr wenige schriftliche Dokumente erhalten sind.

So begann eine politische Gedenkarbeit mit hoher Kontinuität. Seit 2001 gibt es jährliche selbstorganisierte Baucamps auf dem Gelände. Aktivist_innen führen zudem zahlreiche Veranstaltungen und Ausstellungen zum Thema im In- und Ausland durch, es existieren mittlerweile eine Reihe von Publikationen, Radiobeiträgen und Filmmaterial. Ein zentrales Anliegen der Initiative ist der Kontakt zu Überlebenden sowie das Ziel, ihre Wünsche und Forderungen zu realisieren. 2009 konnte mithilfe von Spenden auf dem Gelände ein Gedenkstein nach ihrem Wunsch errichtet werden, seit 2005 werden jährliche Befreiungsfeiern durchgeführt, zu denen auch Überlebende anreisen.

Seit 2008 werden intensive Gespräche um eine zukünftige Gestaltung des Gedenkortes geführt, unter Teilnahme von Vertreter_innen des Landes Brandenburg und Gedenkstätten-Verantwortlichen. Die bisherige Erfahrung zeigt, dass die Arbeit mit staatlichen Institutionen nicht einfach und von einem klaren Machtgefälle geprägt ist – trotzdem konnten einige wichtige Schritte getan werden, um das ehemalige Jugend-KZ stärker ins öffentliche Bewusstsein zu bringen, was zum Großteil der Hartnäckigkeit der ehrenamtlichen Aktivist_innen zu verdanken ist.

Es bleibt noch viel zu tun: Kontinuitäten der Ausgrenzung als »asozial« Stigmatisierter müssen weiterhin und stärker sichtbar gemacht werden, der Kampf um einen würdigen Gedenkort für die Opfer des Konzentrationslagers Uckermark geht weiter. Infos unter: <http://www.gedenkort-kz-uckermark.de/>

— INITIATIVE FUER EINEN WÜRDIGEN GEDENKORT
EHMALIGES KZ UCKERMARCK E. V.

Danke Marlene

Dieser Artikel war ursprünglich ein Redebeitrag für den alljährlichen antifaschistischen Fahrradkorso der [AIM] zum Tag der Mahnung am 9.9.2012 durch Schöneberg. Ein Beitrag, um Marlene Dietrich als Befreierin vor ihrem Geburtshaus zu feiern.

Nicht nur zu Lebzeiten, Marlene Dietrich entzieht sich allen simplen Versuchen der Vereinnahmung bis heute. Auch Berlin, ihre Geburtsstadt möchte von dem Ruhm der »großen Deutschen« profitieren und behauptet post mortem: »Marlene wir haben immer zu dir gehalten.« Eine Anmaßung, der sie zu Lebzeiten sicherlich heftig widersprochen hätte. Denn ihre Heimat hatte ihre Verdienste als Befreierin nie wirklich gewürdigt, geschweige denn verstanden, dass darin ihre Größe lag.

Marlene behielt die Hosen an und entzog sich nachhaltig dem deutschen Kulturbetrieb, indem sie mit Deutschland abschloss, mit den Alliierten gegen die Nazis kämpfte und kosmopolitisch dachte. Sie bewies, dass Hitler leicht und frühzeitig zu durchschauen gewesen wäre, die wenigsten aber ihre Chance nutzten, um dagegen etwas nach den eigenen Möglichkeiten zu unternehmen. Mit diesem Deutschland hatte sie endgültig gebrochen, ein anderes besseres hatte sie aber auch später nicht gesehen.

MARLENE HATTE ANDERE PLÄNE

Marlene Dietrich kehrte 1933 dem nationalsozialistischen System den Rücken zu und blieb trotz lukrativer Angebote in Amerika im Exil. Unter anderem versuchte Propagandaminister Goebbels, sie als Aushängeschild für den nationalsozialistischen Film zu gewinnen. Demgegenüber unterstützte sie andere Emigrantinnen, aktiv und finanziell. 1939 erhielt Marlene Dietrich nach Jahren des Wartens die amerikanische Staatsbürgerschaft und legte die deutsche ab. Seit dem Eintritt der USA in den Krieg gegen die Nazis trat sie zur Unterstützung der US-Truppen auf. 1944–45 unterstützte Marlene Dietrich die in Europa und Nordafrika kämpfenden Truppen der US-Armee im Kampf gegen Nazi-Deutschland durch Auftritte direkt an der Front. Sie appellierte über Rundfunk an die deutschen Soldaten mit den Worten: »Jungs, opfert euch nicht. Der Krieg ist doch scheiße. Hitler ist ein Idiot!.«

DEUTSCHLAND? – NIE WIEDER!

Als Marlene Dietrich 1960 auf ihrer Europatournee zum ersten und letzten Mal wieder in Westdeutschland auftrat,

wurde sie nicht nur gefeiert, sondern auch mit Eiern beworfen, angespuckt, als Vaterlandsverräterin beschimpft und sie erhielt Drohbriefe. Bis heute gibt es Menschen, die ihr ihre Emigration und ihren Einsatz gegen Nazi-Deutschland übel nehmen. Selbst ihr Begräbnis konnte 1992 nicht wie geplant stattfinden. Nach einer Welle hasserfüllter Proteste und Beschimpfungen, die bei Berliner Zeitungsredaktionen und der Senatsverwaltung eingingen, wurde eine geplante Gedenkveranstaltung offiziell aus »organisatorischen Gründen« abgesagt. Noch 1996 gab es in Berlin peinliche Auseinandersetzungen über die Benennung einer Straße nach ihr. Bis heute wurde ihr Grab mehrfach geschändet.

Eine der Formeln, die Deutschland in den letzten 22 Jahren als stichelnde Erinnerung an den Nationalsozialismus und an Auschwitz begleitet hat, lautet: »Deutschland? Nie wieder!« Im Original ist das eine Antwort Marlenes auf die Frage eines Reporters, ob sie sich vorstellen könne, nach dem 2. Weltkrieg aus dem US-amerikanischen Exil in einen postnazistischen, deutschen Staat zurückzukehren. Sie widersprach damit den Normalisierungsbestrebungen dieser Nation schon in den 60er Jahren und ließ sich dafür auch bis zu ihrem Tod nicht einspannen. In einem anderen der seltenen Interviews bescheinigte sie, dass die Entnazifizierung nicht stattgefunden hatte. Außerdem erteilte sie der Forderung der Täter nach einem Schlussstrich eine empörte Absage: »Wie kann man diese Verbrechen vergessen, solange sie in der Erinnerung der Täter und Opfer weiterleben«. Deutschland klärte damit ein zweites Mal das Verhältnis zu ihr, nicht umgekehrt! Es gab dieses Deutschland nicht, in dass sie hätte zurückkehren können. Dass sie dort immer noch angefeindet und nicht als Befreierin gefeiert wurde, war für sie symptomatisch. Nie wieder Deutschland, bedeutete ihre leidvolle Erfahrung mit ihrer Herkunft, dem Land der Täter. Sie verstand, dass Heimat im Extremfall bedeutet, dass nur ein Koffer zurückbleibt und dich dort deine Feinde erwarten. Sie meinte damit die Konsequenz, die sie selbst unglücklich machte, nicht mehr in Deutschland zu leben.

Sie war eine Chefunterhalterin und handelte auch aus ihrem Bauch heraus. Sie war eine Frau der Tat, der Empathie und sie hat sich nicht von Ruhm und Glamour korrumpieren lassen. Sie hasste Nazis wegen ihrer menschenverachtenden Haltung und das was sie taten. Sie entschied sich, gegen Hitlerdeutschland unter Einsatz ihres Lebens und mit all ihren Mitteln zu kämpfen. Sie tat es aus reiner Überzeugung. Ihre Ablehnung von Hitler und seinem Regime sowie ihr Engagement für die Antihitlerkoalition sind befreiender Fakt. Ihr gebühren Dank und Anerkennung für den Widerstand gegen das Naziregime.

»Strick um den Hals oder Kugel in den Bauch«

DAS NEONAZI-NETZWERK »NW BERLIN«

Brandanschläge, Steckbriefe im Internet, NS-Verherrlichung - »NW-Berlin« ist das berlinweit gefährlichste Neonazi-Netzwerk. Zentrale Akteure sind der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke, der Neuköllner Sebastian Thom und der Lichtenberger Björn Wild.

Das Neonazi-Netzwerk entstand 2005 nach dem Verbot mehrerer Kameradschaften in Berlin. Die Neonazis des Netzwerks sehen sich in der Tradition der SA, verherrlichen Nazis wie Horst Wessel oder Rudolf Heß. Die Berichte auf der Internetseite von »NW-Berlin« werden meist auch mit Adolf Hitler-Zitaten ergänzt. Das Ziel, das in den Texten des Neonazi-Netzwerks immer wieder propagiert wird, ist die Errichtung eines Staates nach dem Vorbild des deutschen Faschismus. Im Jahr 2010 versuchten mehrere »NW-Berlin«-Neonazis, einen Rundgang zum 9. November in Karlshorst zu stören. Sie fotografierten die Teilnehmenden und positionierten sich bedrohlich am Startpunkt des Rundgangs. Ähnlich wie bei solchen Störaktionen in Zossen oder Rostock ist die Aussage der Neonazis klar: Sie verteidigen den NS-Staat und verhöhnern dessen Opfer. Dazu wird auch Gewalt gegen politische Gegner_innen, Antifaschist_innen, Journalist_innen und linke Politiker_innen – eingesetzt.

Seit seiner Gründung fallen die Neonazis von »NW-Berlin« durch Anti-Antifa-Arbeit, also das Ausspähen von Nazi-gegner_innen auf. Dazu machen die Neonazis am Rand von Naziaktionen kontinuierlich Fotos von Protestierenden. Schaffen es die Neonazis, Antifaschist_innen zu identifizieren, dann veröffentlichen sie Namen und Fotos auf ihrer Internetseite und versuchen, die Personen in ihrem Wohnumfeld zu bedrohen. So wurden im August die Scheiben eines Jusos-Mitglieds aus Johannisthal eingeworfen, der sich gegen Neonazis engagierte. Auch die Büros der SPD und der Linkspartei werden von den Neonazis attackiert. Die Brandanschläge auf alternative Wohn- und Kulturprojekte im Jahr 2011, von denen neben dem Tommy-Weisbecker-Haus und dem Antifa-Laden »Red Stuff« auch der Falken-Jugendklub in Britz betroffen war, gingen auf das Konto der »NW-Berlin«-Aktivist_innen. Nur durch Zufall wurden bei den Bränden an Wohnhäusern niemand verletzt.

Seit vielen Jahren führt »NW-Berlin« Kampagnen, Aktionen und Veranstaltungen in Berlin durch. So organisierte das Netzwerk in den Jahren 2005 bis 2011 mindestens 20 Aufmärsche. Mit dabei sind jeweils etwa 100 Neonazis. Die bekanntesten Kampagnen vom »NW-Berlin« waren der Aufmarsch am 1. Mai 2010, die »Ausländer raus«-Kampagne 2011 und die Kampagne für ein »nationales Jugendzentrum«. Viele dieser Aktionen wurden durch antifaschistische Gegenwehr blockiert und verhindert.

Im April 2010 gründeten Neonazis einen Verein unter dem Titel »Sozial engagiert in Berlin e.V.« Seit dem 1. März 2011 haben sie über den Verein ein Geschäft in der Lichtenberger Lückstraße 58 angemietet. Die Lückstraße 58 wird seitdem als Treffpunkt, Lager- und Veranstaltungsort von »NW-Berlin« aber auch von der Lichtenberger NPD genutzt. Die Räumlichkeit ist Ausgangspunkt von Propaganda-Routen, Anschlagsaktionen und Übergriffen. Weitere häufig genutzte Treffpunkte von »NW-Berlin« sind die Kneipe »Zum Henker« in Schöneweide und der Waffen- und Bekleidungsladen »Hexogen«, der von Sebastian Schmidtke geleitet wird. Seit der Eröffnung dieser Läden gibt es in den Bezirken Treptow-Köpenick und Lichtenberg antifaschistische Aktionen, um die Läden wieder zu schließen.

Die Erfahrungen der letzten Jahre zeigen, dass das Neonazi-Netzwerk »NW-Berlin« sich dort zurückziehen muss, wo sich ihnen Antifaschist_innen in den Weg stellen. Die bundesweit mobilisierten Aufmärsche am 1. Mai 2010 und am 14. Mai 2011 wurden zum Desaster, weil wir diese zusammen blockierten. Und auch in ihren ehemaligen Kerngebieten rücken ihnen Antifaschist_innen auf die Pelle.

DIE AUFGABE FÜR DIE NÄCHSTE ZEIT KANN ALSO NUR LAUTEN:

**»LÜCKSTRASSE 58«, »ZUM HENKER« UND
»HEXOGEN« SCHLIESSEN!
»NW-BERLIN« ZERSCHLAGEN!**

— ANTIFA HOHENSCHÖNHAUSEN [AH]



Bei einer antifaschistischen Demo gegen die Nazi-
strukturen in Schöneweide fotografiert Sebastian
Schmidtke verumumt die Demoteilnehmer_innen.

Sebastian Thom

NPD und NW-Berlin – Gewalt als Bindeglied

In der Konsequenz des mageren Ergebnisses der Wahlen vom 18.9.2011 in Berlin, gab es in der Führungsspitze der Berliner NPD personelle Veränderungen. Am 04. Februar 2012 wurde der 26-jährige Sebastian Schmidtke zum neuen Vorsitzenden des Berliner Landesverbandes gewählt und löste damit Uwe Meenen ab, der diese Funktion zwei Jahre bekleidete. Mit der Wahl von Sebastian Schmidtke ist die Partei mehr denn je Teil des neonazistischen Netzwerks »Nationaler Widerstand Berlin« (NW Berlin), in dem Schmidtke schon seit vielen Jahren der führende Protagonist ist. Als Stellvertreter wurden der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD Udo Voigt sowie der Ex-Landesvorsitzende Uwe Meenen gewählt. Der Vorstand wird ergänzt durch Sebastian Thom, Stefan Lux, Josef Graf, Thomas Eichberg, Jan Michael Keller und Tibor Haraszi. In dieser Besetzung bleibt die Berliner NPD weiter auf einem Kurs, der sich am historischen NS orientiert und somit extrem rassistisch und antisemitisch ist. Genau das kann in ihrem Landesaktionsprogramm nachvollzogen werden.

Schmidtkes Vorgänger - Eckart Bräuninger, Jörg Hähnel, Uwe Meenen – haben seit gut sieben Jahren in der Berliner NPD den Boden bereitet für die heutige Nähe zu der Szene, die teilweise offen mit der »Zwickauer Zelle«, also dem Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) sympathisiert, und auch für die meisten politisch extrem rechts motivierten Anschläge in Berlin verantwortlich zu machen ist. Und diese Szene wird von sogenannten Freien Kräften/Autonomen Nationalisten, die teilweise auch das Parteibuch der NPD in der Tasche haben, unter dem Label »NW Berlin« verwaltet.

Im Südosten von Berlin haben sich diese Strukturen in und um die Schöneweider Brückenstraße erheblich verfestigt. Der Berliner NPD-Vorsitzende Sebastian Schmidtke, der dort auch wohnhaft ist und ein Outdoor-Geschäft betreibt, hat dazu erheblich beigetragen. Ein weiterer wichtiger Anlaufpunkt in dieser Straße ist die Kneipe »Zum Henker«. Von dort aus kontrollieren die Neonazis den Kiez, starten Angriffe gegen Menschen, die sie als potentielle Feinde wahrnehmen und tauschen auch schon mal Infos über relevante Anschlagziele aus. Auch die Neuköllner Stadtteile Rudow/Buckow/Britz betrachten die dort wohnhaften Neonazis als ihren Aktions- aber auch Rückzugsraum. Wer mit der dortigen »Nazi-Präsenz« nicht einverstanden ist, wird von ihnen bedroht.

Im November 2011 wurden mehrere Fenster einer Wohnung in der Britzer Hufeisensiedlung eingeworfen. Die Bewohner_innen gerieten im Herbst 2011 mit NPD-Anhängern in Streit, weil sie die NPD-Wahlwerbung nicht annehmen wollten. Anfang Juni

2012 wurde bei der Britzer Familie der Briefkasten mit Böllern gesprengt und Mitte Juli 2012 wurden dort ihre Scheiben eingeworfen.

Offensichtlich besteht hier ein Zusammenhang zwischen dem Streit vom Herbst und den Anschlägen. Beim Verteilen von Wahlwerbematerialien der NPD sind auch immer die Wahlbewerber Julian Beyer und Sebastian Thom dabei gewesen.

Im August 2012 wurden dann die Wohnhäuser des Bezirksverordneten in Treptow/Köpenick und engagierten Antifaschisten Hans Erleben (Die Linke) und des stellvertretenden Vorsitzenden der Berliner Jungsozialisten Nico Schmolke von Neonazis angegriffen. In beiden Fällen waren zersprengte Briefkästen und eingeworfene Scheiben das Markenzeichen. Die beiden Politiker hatten vor kurzem einen antifaschistischen Kiezspaziergang in Johannisthal mitorganisiert, bei dem neonazistische Propaganda im öffentlichen Raum entfernt wurde. Dieser Kiezspaziergang und weitere antifaschistische Aktivitäten im Südosten Berlins werden immer wieder von jungen Neonazis beobachtet und bedroht bis hin zu tätlichen Übergriffen. Immer wieder ist Julian Beyer mit dabei.

»In Justizkreisen wird davon ausgegangen, dass es sich bei den Tätern um eine Clique junger Neonazis aus Johannisthal und Rudow handelt« (Tagesspiegel vom 22.8.2012). Antifaschist_innen die sich mit den neonazistischen Strukturen im Südosten Berlins gut auskennen, können das ausdrücklich bestätigen.

Während im Berliner Südosten das Bild der NPD zum großen Teil durch die Freien Kräfte/Autonomen Nationalisten geprägt ist, sind in Nordberlin eher die »Biedermänner/frauen« der NPD Reinickendorf relativ aktionistisch unterwegs. Hier ist der stellvertretende Kreisvorsitzende Tibor Haraszi die treibende Kraft. Neben regelmäßigen Infoständen in den Bezirken Mitte und Reinickendorf, gehören »politische Stammtische« und Interessentveranstaltungen zu ihrem Programm. Am 18. September 2012 fand in dem Restaurant »Postkutsche« im Wedding am Nettelbeckplatz eine relativ gut besuchte Veranstaltung statt, auf der der Neonazi Reinhold Oberlercher einen Vortrag »Zur Lage des deutschen Volkes« hielt. Die »Postkutsche« gilt als eine Promi-Gaststätte im Wedding und vermietet Räume für Veranstaltungen, so auch immer wieder an die NPD. Hier sollten in Zukunft antifaschistische Interventionen stattfinden, um den Neonazis die Räume zu nehmen. Das gleiche gilt auch für die »Bier-Stub'n« in der Residenzstr. und für die Tegeler Eckkneipe »Zum Kegel« in der Großdorfstraße. Dort fand am 20. August 2012 eine Veranstaltung mit dem NPD-Funktionär Udo Voigt statt.

Auch wenn dieser NPD-Kreisverband nicht von den jungen aktionsorientierten Neonazis dominiert wird, so finden sich hier doch langjährige extrem rechte und rassistische Personen, die man durchaus als geistige Brandstifter bezeichnen kann. Antifaschist_innen müssen hier wieder verstärkt aktiv werden, um den Elan der Reinickendorfer NPD zu stoppen.

— ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE MOABIT [AIM]

Das Sammellager in der Synagoge Levetzowstraße

1914 weihte die Jüdische Gemeinde zu Berlin in der Levetzowstraße eine Synagoge ein, die fortan mit ca. 2000 Sitzplätzen eine der größten Berlins sein sollte. In ihrer klassizistischen Architektur drückte sich das Selbstbewusstsein der um Anerkennung ringenden jüdischen Bevölkerung in der preußisch-deutschen Hauptstadt aus. Ausgerechnet dieses Gebäude wurde im Zuge der Deportationen zu einem Tatort.

Als dem Reichssicherheitshauptamt nachgeordnete Behörde machte das Referat IV D 1, das Judenreferat, zu Beginn der Berliner Deportationen im Oktober 1941 aus der einstmaligen stolzen Synagoge ein sogenanntes Sammellager. Das während des Pogroms 1938 nur geringfügig beschädigte Gebäude war mit Unterbrechungen bis März 1943 ein gefängnisähnlicher, temporärer Internierungsort für Jüdinnen_Juden. In diesem Zeitraum wurden dort unter Verantwortung der Berliner Gestapo ca. 20000 Menschen zur Vorbereitung der Deportation jeweils zwei bis drei Tage festgehalten und ausgeplündert.

Jede Deportation war ein Großeinsatz der Berliner Polizei mit hunderten Beteiligten. Die pro »Transport« etwa eintausend Opfer wurden zwei Abende bevor dieser Berlin verließ, von Gestapo- und Kriminalbeamten aus ihren Wohnungen »abgeholt« und mit den öffentlichen Verkehrsmitteln zur Synagoge gebracht. Stundenlang begab sich ein unübersehbarer Strom von schwerbeladenen »Sternträgern« von der nahegelegenen Haltestelle in das durch Schutzpolizei bewachte Gebäude. Im Inneren wurden die Opfer und ihr Gepäck von Gestapo-Angehörigen in der »Schleuse« registriert, durchsucht und ausgeplündert. Sie mussten sämtliche Ausweis- und andere Dokumente abgeben. Anschließend wurden sie - nur unzureichend vor Blicken geschützt - gezwungen, sich nackt auszuziehen, um eine entwürdigende körperliche Untersuchung über sich ergehen zu lassen. Dabei kam es zu Beschimpfungen und sexualisierter Gewalt. Letztere sollte z.B. in Form der erzwungenen Nacktheit das Selbstwertgefühl der Jüdinnen_Juden zerstören und als Initiationsritual die Macht der Gestapo zur Schau stellen. Im staatlichen Auftrag beschlagnahmten die Gestapo-Angehörigen dabei Zahlungsmittel und alle Gegenstände, die ihnen wertvoll erschienen. Diese wurden ebenso wie das komplette Vermögen

der Deportierten zugunsten des Deutschen Reiches enteignet. Allerdings kam es dabei zu massiven Unterschlagungen durch die Gestapo.

Nach dem Passieren der »Schleuse« mussten die Jüdinnen_Juden die Nächte auf dem Fußboden der Synagoge verbringen. Kinder wurden sofort nach Ankunft von ihren Eltern getrennt und unter Betreuung von jüdischen Kindergärtnerinnen im Trauzimmer eingesperrt. Dieses war auf zwanzig Kinder ausgerichtet, aber bis zu 70 wurden dort eingepfercht. Die Aufenthaltsbedingungen im Sammellager beschrieben die Opfer als traumatische Deprivationserfahrung. Drangvolle Enge und mangelnde Hygienemöglichkeiten machten den Aufenthalt qualvoll. Für 1000 Menschen standen keine Duschen, nur wenige Waschbecken und insgesamt zwölf, häufig überlaufende Toiletten zur Verfügung. Die Angehörigen des Judenreferates hatten komfortablere Unterkünfte. Sie spielten dort Karten »während draußen die Menschen um ihr Leben zitterten«, wie eine Überlebende sich ausdrückte.

Die Eingesperrten gingen sehr unterschiedlich mit der Situation um. Ungewissheit, Furcht, vage Neugier auf das Kommende und Resignation zählten zu den Reaktionen. Verpflegt wurden sie durch die Jüdische Gemeinde und das von ihr im Sammellager eingesetzte Hilfspersonal. Dieses war besonders gekennzeichnet, konnte sich daher im Lager frei bewegen und es zwischen den Schichten verlassen. Dadurch konnten einzelne Helfer_innen unter Lebensgefahr verbotene Nachrichten und Gegenstände der Internierten aus oder in das Lager bringen. Die zur Deportation Bestimmten fügten sich ebenfalls nicht widerstandslos. Sie versuchten, in der Kleidung eingenähtes Geld durch die »Schleuse« zu schmuggeln und loteten Fluchtmöglichkeiten aus. Als letzten verzweifelten Akt der Selbstbestimmung über das eigene Leben kam es zu Selbsttötungen.

Die »Ausschleusung« aus dem Sammellager und der Weg zum Deportationsbahnhof waren öffentliche Schauspiele. Inhaber_innen der auf der Levetzowstraße vorhandenen Geschäfte, Kund_innen der gegenüber der Synagoge gelegenen Post und Schulkinder beobachteten, wie Jüdinnen_Juden auf Polizeilastwagen geprügelt wurden oder sich zu Fuß zum Bahnhof Grunewald bzw. zum Güterbahnhof Moabit aufmachten. Das indifferente Zusehen signalisierte den Täter_innen Zustimmung. In Verbindung mit der widerspruchslosen Pflichterfüllung durch Polizeiangehörige ermöglichte auch diese Zustimmung der Gestapo den ungestörten Betrieb des Sammellagers und die Verschleppung der Opfer. Für die Mehrheit der Verschleppten bedeutete die Deportation eine Fahrt ohne Wiederkehr.

— ANTIFASCHISTISCHE INITIATIVE MOABIT [AIM]

Termine

Donnerstag, 18. Oktober 2012, 12 Uhr

Denkmal »Gleis 17« S-Bahnhof Grunewald »... abgeholt!«
Gedenken an den Beginn der nationalsozialistischen Deportationen von Jüdinnen und Juden aus Berlin vor 71 Jahren

19. 10. 2012 – 25. 10. 2012

Anlässlich der Einweihung des Denkmals für die im Nationalsozialismus ermordeten Sinti und Roma Europas am 24. Oktober 2012 wird es in Berlin zahlreiche Begleitveranstaltungen geben. Mehr unter www.orte-der-erinnerung.de

Sonntag, 21. Oktober 2012, 18 Uhr

K-Fetisch, Wildenbruchstr. 86, Neukoelln
Gespräch mit der Zeitzeugin Sieglinde Helmsdorf über das NS-»Fürsorge«-System. Eine Veranstaltung der Initiative für einen würdigen Gedenkort ehemaliges KZ Uckermark e.V.

Sonntag, 28. Oktober 2012, 15 Uhr

Kulturfabrik Moabit / Lehrter Str. 35 (nahe Hauptbahnhof)
Film »Escape from Sobibor« und Gespräch mit dem Zeitzeu-
gen Kurt Gutmann (angefragt) Eine Veranstaltung der [AIM]

Freitag, 9. November 2012, 10.30 Uhr

Ehrendes Gedenken auf dem Jüdischen Friedhof Schön-
hauser Allee anlässlich des 74. Jahrestages der Pogromnacht
1938 [VVN-BdA, Basisorganisation Prenzlauer Berg]

Samstag, 10. November, 14 Uhr

Konrad-Wolf-Str./Simon-Bolivar-Str. (Hohenschönhausen)
Rundgang in Gedenken an die Opfer der Novemberpogrome
in Hohenschönhausen [Antifa Hohenschönhausen]

Samstag, 10. November, 15 Uhr

Gedenkstätte Deutscher Widerstand, Stauffenbergstraße
13-14, »23. August – Gedenktag der Geschichtsklitterer?«
Zum EU-Parlamentsbeschluss eines problematischen Ge-
denktages, Vortrag von Günter Morsch und Diskussion
[Deutsch-Polnische Gesellschaft der Bundesrepublik
Deutschland und VVN BdA]

Montag, 12. November 2012, 19 Uhr

BAIZ / Christinenstr.1 (nahe Rosa-Luxemburg-Platz)
Deutsche Kontinuitäten: Die Nation & das Pogrom, Vortrag
Eine Veranstaltung der North East Antifascists [NEA]

Donnerstag, 15. November 2012, 18.30 Uhr

Gedenkstätte und Museum Sachsenhausen, Straße der
Nationen 22, Oranienburg, Die »Reichskristallnacht«. Ein
Wendepunkt in der Geschichte der Shoah des deutschen Ju-
dentums, Vortrag und Diskussion mit dem Historiker Gideon
Greif (Jerusalem)



Dein Abo fehlt!

Jetzt *junge Welt* bestellen: www.jungewelt.de/abo
Abotelefon: 030/53 63 55-80



HOLZZEITUNG ODER E-PAPER? BEIDES IN EINEM: DAS ND-KOMBIABO.



neues deutschland als ePaper für jeden Tag – und am Wochenende im Briefkasten.

Kombinieren Sie geschickt die Vorteile von »Digital« und »Print«: Das ePaper des »nd« bringt Sie schon am Vorabend mit tagesaktuellem Journalismus von links auf den neusten Stand: schnell, bequem, günstig! Und am Wochenende das druckfrische »nd« mit viel Lesestoff zum Nachdenken und Genießen: kritisch, lebendig, mutig!

Freuen Sie sich auf frischen Wind im Blätterwald mit dem nd-Kombiabo für nur 19 € im Monat.



neues deutschland
DRUCK VON LINKS

*Versandsgarantie: Das Abo ist monatlich kündbar.

Deutsches Haus

Diese Zusammenstellung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit aller rechtsextremen, antisemitischen oder rassistischen Vorfälle im genannten Zeitraum.

Quellen: Amadeu Antonio Stiftung, Jungle World, »Mut gegen rechte Gewalt«, Hagalil, Opferperspektive e.V., »Endstation Rechts«, »Reach Out«, Antifaschistische Gruppen und Initiativen, »TBAF«.

2011

3. November Berlin, Kreuzberg

Unbekannte beschädigen eine Gedenktafel des Mahnmals zur Erinnerung an die Deportation nach Theresienstadt so stark, dass die Beschriftung nicht mehr zu lesen ist.

4. November Zwickau (Sachsen)

Nach einer Explosion in einem Wohnhaus werden Beweise dafür gefunden, dass Nazis in Deutschland jahrelang gezielt mordeten. Die Beweisstücke belegen die Existenz einer rechts-terroristischen Gruppe (»NSU«) und offenbaren zudem ein unfassbares Versagen der zuständigen Behörden.

9. November Berlin, Britz

Erneut wird ein Brandanschlag auf das Anton-Schmaus-Haus des Jugendverbandes »Die Falken« verübt. Das »Tatdatum« und die Tatsache, dass sich das Haus auf einer Anschlagliste des Nazi-Portals »NW-Berlin« befindet, machen einen rechtsextremen Hintergrund sehr wahrscheinlich.

9./10. November Detmold (NRW)

In der Nacht zum 10. November beschmierern Unbekannte einen Gedenkstein für die 1938 zerstörte Synagoge u. a. mit Hakenkreuzen.

10. November Frankfurt (Hessen)

Antisemitische Äußerung seitens eines FDP-Abgeordneten des Stadtparlaments: In einer Debatte über die Geschichte eines Hauses sagte Stefan von Wangenheim, der jüdische Besitzer des Hauses habe im Jahr 1933 »die Gunst der Stunde« genutzt, um das Haus zu verkaufen. Damit habe er seine Flucht aus Nazideutschland finanzieren können.

12./13. November Magdeburg (Sachsen Anhalt)

Innerhalb weniger Monate wird das Denkmal der Alten Jüdischen Synagoge zum dritten Mal geschändet.

15. November Rheda-Wiedenbrück (NRW)

Mit einer Hakenkreuzbinde am Arm schießt ein Mann auf ein türkisches Lebensmittelgeschäft und einen türkischen Kulturverein.

15. November Berlin, Charlottenburg

In der Nähe vom Café Keese wird ein nicht gezündeter Brandsatz und ein Flugblatt mit rechtsextremem Inhalt gefunden.

19. November Oldenburg (Niedersachsen)

Unbekannte bewerfen auf dem Jüdischen Friedhof Grabsteine mit Farbbeuteln.

4. Dezember Deggendorf (Bayern)

Auf einem Weihnachtsmarkt wird ein Jugendlicher (15) von zwei Männern rassistisch beleidigt und brutal niedergeschlagen. Die beiden Täter sind wegen ihrer rechten Einstellung bereits bekannt.

12. Dezember Berlin

Erneut veröffentlicht das Nazi-Portal »NW-Berlin« eine Liste mit Namen, Adressen und Fotos von »Linkskriminellen« und »Volksfeinden«.

20. Dezember Berlin, Ruhleben

Zwei Polizei-SchülerInnen der Polizei-Schule Ruhleben beleidigen einen Mitschüler rassistisch.

2012

4. Januar Berlin, Friedrichshain

Drei Jugendliche werden am und im S-Bahnhof Frankfurter Allee von drei Männern antisemitisch beleidigt und mit Steinen beworfen. Einem Jugendlichen wird ins Gesicht geschlagen.

6. Januar Berlin, Prenzlauer Berg

Unbekannte schlagen einen Mann aus rassistischen Gründen am U-Bhf Eberswalder Straße brutal nieder und treten dem am Boden Liegenden gegen den Kopf. Das Opfer kommt mit einem Nasenbeinbruch und einer verletzten Wirbelsäule ins Krankenhaus.

29./30. Januar Kyritz (Brandenburg)

Ein rassistischer Nachbar attackiert mehrmals eine Familie aus Bosnien-Herzegowina. Selbst die ein und zwei Jahre alten Kinder sowie die Ehefrau werden vom Täter massiv verletzt.

4. Februar Cottbus (Brandenburg)

Ein kenianischer Flüchtling wird rassistisch beleidigt und bedroht. Die Täter verfolgen ihn bis zu seiner Wohnung und brechen dort ein, das Opfer flüchtet durch ein Fenster.

25. Februar Rostock (Mecklenburg Vorpommern)

Neonazis bedrohen und stören längere Zeit ungehindert eine Gedenkfeier für Mehmet Turgut, einem Opfer des »NSU«.

26. Februar Kaiserslautern (Rheinland Pfalz)

Der israelische Fußballer des 1. FC Kaiserslautern Itay Schechter wird während des Trainings von Nazi-Hools antisemitisch beleidigt und mit dem Hitlergruß provoziert.

7. März Braunschweig (Niedersachsen)

Nachts um 3.00 Uhr dringen Polizisten in die Wohnung einer Roma Familie ein, um diese abzuschieben. Obwohl eine Frau mit einem Messer am Hals einen Suizid androht, und der Hausarzt wegen einer psychischen Erkrankung der Frau interveniert, wird die Abschiebung vollzogen.

5. April Berlin, Buckow

Durch gezielte Schüsse auf eine fünfköpfige Personen-Gruppe wird der 22-jährige Burak B. getötet, zwei weitere Jugendliche werden verletzt. Ein rassistisches Motiv gilt als sehr wahrscheinlich.

4. April Nordhausen (Thüringen)

Der NPD Kreisvorsitzende Roy Elbert greift die Oberbürgermeisterin der Stadt an, als diese einen Kranz der NPD bei einer Gedenkveranstaltung entfernen will.

Querstellen Statt querlesen

ak

analyse & kritik
Zeitung für linke
Debatte und Praxis

Jetzt testen:
4 Ausgaben für 10 €
Bestellungen: www.akweb.de



20. April Berlin, Lichtenberg

Im Nazi-Treff in der Lückstraße 54 feiern Nazis den Geburtstag von Hitler. Mit dabei sind der Berliner NPD-Chef Schmidtke und der schwedische Neonazi Dan Eriksson.

27./28. April Berlin, Neukölln

Vor dem Eingang der Sehlik-Moschee werden zwei Schweineköpfe abgelegt. Erst wenige Wochen zuvor wurde die Moschee mit Farbe und dem Abbild eines Schweinekopfes beschmiert. Später kann die Tat u.a. einem bekannten Nazi zugeordnet werden.

28. April Eisleben (Sachsen Anhalt)

Drei Rassisten greifen mit Schlagstöcken eine syrische Familie auf einem Volksfest an. Unter ihnen finden sich drei Kinder. Ein Mann wird schwer verletzt.

3. – 7. Mai Mecklenburg Vorpommern

Neonazis attackieren in mehreren Städten Menschen, die sich gegen Nazis engagieren, und richten hohen Sachschaden bei Angriffen auf Projekt- und Parteibüros an.

3. Juni Berlin, Weißensee

Ein, auf einem Klinik-Gelände befindliches Denkmal für die Opfer der NS-Euthanasie sowie Häuser-Fassaden werden mit mehreren NS-Symbolen beschmiert.

3./4. Juni Berlin

Neonazis sprengen nachts zwei Briefkästen, und schmier in mehreren Bezirken Slogans wie »ANB«, »NW-Berlin« sowie NS-Symbole an linke Läden. An einem Tatort verliert ein Nazi seinen Ausweis.

23. Juni Wuppertal (NRW)

Unbekannte schmier Hakenkreuze und antisemitische Sprüche an die örtliche Synagoge.

13. Juli Erfurt (Thüringen)

Durch einen Angriff von Nazis werden auf einer Kunstausstellung zwei Frauen schwer und weitere Besucher leicht verletzt. Die Polizei sieht kein rechtsextremes Tatmotiv, trotz »Sieg Heil«-Rufen der Täter. Erst nach öffentlicher Intervention wird »ein rechtsextremes Motiv vermutet«.

23. Juli Stein (Bayern)

In einem Freizeitbad werden zwei Frauen von einem Mann antisemitisch beleidigt und mit Reizgas verletzt, weil eine der beiden eine Kette mit einem Davidstern trägt.

4. August Schwarzenberg (Sachsen)

Bei einem Brandanschlag auf einen Döner-Imbiss verweisen die auf die Jalousie des Ladens geschmierten Parolen auf ein rassistisches Motiv.

21. August Berlin, Neukölln

Eine skrupellose Rassistin sprüht auf dem S-Bhf Sonnenallee einem sechsjährigen Jungen Reizgas ins Gesicht. Zuvor beleidigte sie den Jungen und seine Mutter rassistisch.

28. August Berlin, Schöneberg

»Bist du Jude?« fragen vier junge Männer einen Rabbi, um ihn gleich danach zusammenzuschlagen und ihn schwer verletzen. Bevor die Täter flüchten, drohen sie, seine Tochter umzubringen, die dem Geschehen beiwohnt.

August Berlin

Eine Reihe gezielter neonazistischer Anschläge erfolgt in mehreren südöstlichen Bezirken Berlins. Insbesondere das Haus von dem Bezirkspolitiker Erleben ist immer wieder Ziel von Angriffen. Parteibüros und Wohnungen weiterer Personen werden beschädigt. Menschen, die sich gegen Nazis engagieren, werden tödlich angegriffen und verletzt. Die Täter werden dem Umfeld von NW-Berlin zugerechnet.

14. September Berlin, Moabit

Mehrere hundert Menschen demonstrieren gegen den »Alt-Nazi« Arnulf Priem in ihrem Kiez. Seine Wohnung grenzt direkt an die James-Krüß-Grundschule. Statt besorgten Eltern Unterstützung zuzusichern, werden diese von Polizei und Schulleitung aufgefordert, sich nicht an der Demo gegen Priem zu beteiligen. Auch wurde die Tatsache, dass Priem Zugang zum Schulhof hat, verharmlost. Erst vor kurzem wurden Waffen bei Priem in der Wohnung gefunden.

26. September Berlin, Zehlendorf

Eine jüdische Familie wird vom Fahrer aus einem Taxi geworfen, nachdem diese ihr Ziel, die jüdische Synagoge, erwähnte.

26. September, Berlin, Mitte

Stephan Kramer, Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, wird auf dem Heimweg von der Synagoge mit seinen Kindern von einem Mann wegen eines jüdischen Gebetsbuch angepöbelt. Der Polizei ist von einem antisemitischen Motiv bei diesem Vorfall nichts bekannt.

Ab in den Süden?!

NEUER KNAST FÜR ASYLSUCHENDE AUF DEM FLUGHAFEN SCHÖNEFELD

Wenn die meisten von uns an den neuen Großflughafen Berlin-Brandenburg (kurz BER) denken, dann wahrscheinlich eher an den erwarteten Fluglärm oder das Debakel, welches zur Verschiebung der Eröffnung führte. Ein Thema, das weit weniger öffentlich diskutiert wird, ist die Internierung von Menschen, die über Schönefeld nach Deutschland einreisen, um Hunger, Gewalt oder Unterdrückung in ihren Herkunftsländern zu entgehen.

Für sie wurde im Transitbereich des BER ein spezieller Knast mit 30 Haftplätzen gebaut. Hier sollen Menschen inhaftiert werden, die Asylanträge stellen, die nach Meinung der Behörden aussichtslos sind, weil die Geflüchteten bspw. aus »sicheren Herkunftsländern« kommen. Bisher war es ihnen gestattet, nach Deutschland einzureisen und für die Dauer ihres Asylverfahrens z.B. in einem Heim unterzukommen. Die Einrichtung des Knastes und die Aushöhlung des Asylrechts, stellt eine enorme Verschärfung in der Region Berlin/Brandenburg dar.

Das Brandenburger Innenministerium, das für den Knast verantwortlich ist, bezieht sich auf Gesetze, die seit 1993 gelten, aber bis zum Neubau des BER-Schönefeld seltsamerweise keine Rolle gespielt haben. Nach den Vorschriften des Asylverfahrensgesetzes ist das Asylverfahren nämlich möglichst vor der Einreise durchzuführen, wenn denn eine geeignete »Unterkunft« auf dem Flughafen eingerichtet ist.

Während der Dauer des Verfahrens werden die Flüchtlinge (und deren Kinder) auf dem Flughafengelände festgehalten - sie gelten als »nicht eingereist«. Innerhalb von zwei Tagen muss das Bundesamt für Asyl und Migration (BAMF) über die Asylanträge entscheiden, wobei die Kürze der Zeit eine Prüfung der Fluchtgründe gar nicht zulässt. Der Antrag auf gerichtliche Überprüfung der BAMF-Entscheidung ist zwar innerhalb von drei Tagen möglich, doch da wiederholt sich die Farce. Denn auch das Gericht darf sich nicht länger als zwei Wochen für die Prüfung nehmen. Der Zeitdruck macht es den gerade geflüchteten und teils schwer traumatisierten Menschen unmöglich, ihre Asylgründe vortragen zu können. Teilweise sind sie durch die Umstände der Flucht verhandlungsunfähig und brauchen eher medizinische und psychologische Hilfe, statt die Befragung durch

die deutschen Behörden. Auch der erschwerte Zugang zu RechtsanwältInnen verhindert, dass sich die Asylsuchenden ausreichend auf ihre Anhörungen vorbereiten können. Kurzum, das beschleunigte sog. Flughafenasylverfahren schmälert ihre Aussicht, als Flüchtling in Deutschland anerkannt zu werden, erheblich.

Bislang werden diese Flughafenverfahren in größerem Maßstab an den Flughäfen in Frankfurt/Main und Düsseldorf durchgeführt. Dort hat sich gezeigt, welche menschenrechtsverletzenden Konsequenzen das beschleunigte Verfahren hat: Pauschale Abschiebungen in Folter und Tod - gravierende Fehlentscheidungen der deutschen Behörden, die oftmals nicht an die Öffentlichkeit kommen.

Das Flughafenverfahren wurde 1993 zusammen mit dem Asylbewerberleistungsgesetz als Teil einer Politik der Abschottung und Flüchtlingsabwehr nach den Übergriffen auf Flüchtlingsunterkünfte in Hoyerswerda und Rostock eingeführt. Die gleichen Parteien, die damals diesen »Asylkompromiss« mittrugen, haben Mitte September 2012 das Flughafenverfahren im Bundesrat mit großer Mehrheit erneut bestätigt.

Mit Hoffnung werden deshalb die Verhandlungen auf EU-Ebene zur Angleichung der Asylpolitik und Abschaffung nationaler Sonderwege (wie die des deutschen Flughafenasylverfahrens) verfolgt. Denn nach unterschiedlichen Menschenrechtskonventionen als auch europarechtlich ist das Flughafenverfahren mehr als strittig, da es die Rechte der Flüchtlinge und von Minderjährigen erheblich beschneidet. Auf die EU hofften auch Brandenburgs PolitikerInnen, sie bezeichnen den Knast als »Provisorium«. Dabei sieht derzeit alles danach aus, als ob sich Deutschland und andere EU-Mitgliedsstaaten, die alle keine EU-Außengrenzen haben, mit ihren Hardliner-Positionen in der EU-Kommission durchsetzen und u.a. die pauschale Inhaftierung an den Außengrenzen (und Flughäfen!) in allen Mitgliedsstaaten zur Regel zu machen.

Dass der Asylknast auf dem Flughafen Schönefeld zur Entlastung des Brandenburger Innenministeriums auch noch vom Sicherheitsunternehmen B.O.S.S. betrieben wird (inkl. der sozialpsychologischen Betreuung!) setzt der Heuchelei im rot-rot geführten Bundesland noch die Krone auf!

WIR SAGEN DAZU – FLUGHAFENVERFAHREN ABSCHAFFEN! BLEIBERECHT FÜR ALLE, UND ZWAR SOFORT!

Mehr Infos findet ihr unter: www.keinasylknastbbi.info
— ANTIFA FRIEDRICHSHAIN [AFH]

**»Es ist geschehen
und folglich kann es
wieder geschehen.«**

— PRIMO LEVI

